

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

17. Woche für die Zeit vom 22. bis 28. April 1899.

Posen, den 1. Mai 1899.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 91 des Ogródnik
vom 21. April 1899:

Neue Täuschungen.

Posen, den 20. April.

Der Dziennik Poznański bringt die Nachricht von dem Erscheinen eines deutschen fortschrittlichen Blattes. Ueber die Begründer dieses Blattes schweigt die neue Kunde, so daß unseren Lesern Gelegenheit zum Nachsinnen gegeben wird, ob dasselbe deutschen Ursprungs sein solle und ob es deutsche Interessen verfolgen werde.

Daraufhin schreibt der Gonic, daß in der Stadt erzählt werde, die neue Zeitung solle mit Rücksicht auf die Polen gegründet werden, von denen jemand 80 000 Mark für diese Sache gezeichnet habe und fügt hinzu, daß das neue Blatt auf das Verhalten der Regierung den Polen gegenüber keinen Einfluß haben könne und haben werde.

Wir fügen hinzu, daß man seit langer Zeit davon spricht, Herr Joseph Roscielski und andere Polen seien die Urheber des besagten Blattes, und Herr Wagner, der frühere Redakteur der Posener Zeitung und Verfasser der Broschüre „Polenroller“ solle der Redakteur desselben werden. Der Dziennik weiß hiervon und es ist nur schwer zu verstehen, weshalb er die Nachricht in der Form bringt, als habe er sie vom Hörensagen.

Die neue Zeitung soll ihren Einfluß augenscheinlich nicht auf die Regierung, denn davon kann nicht die Rede sein, sondern auf die öffentliche Meinung der Deutschen ausüben. Man kann von vornherein mit Gewißheit annehmen, daß die Zeitung weder auf die Regierung, noch auf die Deutschen, noch auf die Juden einen Einfluß ausüben wird; dennoch aber wird sie des Einflusses nicht ganz entbehren, und dieser Einfluß wird sich am deutlichsten bei den neuen Täuschungen zeigen, denen sich diejenigen Polen hingeben werden, welche der polnischen Volksgesamtheit gegenüber den Anspruch erheben, man solle anerkennen, daß die Herausgeber von Zeitungen etwas für die Gesamtheit thun, während sie in Wirklichkeit ohne jeden Erfolg Geld ausgeben werden.

Darauf könnte man wohl antworten, dies ist eine noble Passion, in jedem Falle nobler als jeder andere Sport großer Herren, denn sie hat das Wohl des Volkes im Auge.

Unzweifelhaft erkennen wir auch diese noble Passion des Herrn v. Roscielski an, nur verknüpfen

wir mit derselben keinerlei politische Bedeutung. Möge dieses Spiel hiermit ein Ende erreicht haben, denn die Politik befaßt sich weder mit einem solchen, noch mit noblen Passionen. Hinsichtlich dieser neuen Zeitung könnte man sich der Täuschung hingeben, daß sie angesichts der H.-R.-Listen vielleicht den Deutschen sowohl als den Polen vor die Augen führen werde, sie könnten in gewissen Punkten zur Förderung ihrer Interessen Hand in Hand gehen. In demselben Sinne wurde vor mehreren Jahren hier in Posen eine solche Vereinigung gegenüber dem Sozialismus geschlossen, also für ein Feld, das sich zu einer gemeinsamen Thätigkeit eignet. Herr Joseph v. Roscielski hat bis jetzt die Meinung, welche er in seinen gedruckten Briefen im Dziennik Poznański und in seinen Reden im preussischen Herrenhause hat zu Tage treten lassen, noch nicht aufgegeben. Man kann nicht dafür bürgen, daß er, um diesen Faden fortzuspinnen, das neue Blatt in Anspruch zu nehmen beabsichtige. Er wird in diesem Falle das Amusement mit der Politik zu verbinden suchen und auch Personen inmitten der Volksgesamtheit finden, welche ihm diesen Zeitvertreib als Verdienst anrechnen werden.

Sollte dies wirklich geschehen, so werden sich auch für diesen Fall inmitten unserer Volksgemeinschaft Kräfte finden, um dieser Täuschung diejenigen Grenzen zu setzen, welche man ihr in unserer Lage setzen darf.

Noch eine Bemerkung drängt sich uns auf. Das neue deutsche Blatt wird aus den Taschen der Polen eine große Menge Geld entziehen unter dem Titel „Öffentliche Angelegenheit.“ Wir haben ja allerdings nicht viel Groschen, aber immerhin giebt es noch Leute, die solche zur Verfügung haben. Warum findet die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaft, deren Geldinteressen sich immer mehr ausbreiten, so wenig Förderung in diesen Kreisen? Genannte Bank bedarf in der That einer Erhöhung ihres Anlagekapitals um $\frac{1}{2}$ Million. Hier wäre die noble Passion am Platze, doch leider vermiffen wir dieselbe.

Aus Nr. 93 des Dziennik Kujawski
vom 23. April 1899:

Mit Bezug auf das Gerücht betreffend die Gründung einer deutsch-freisinnigen Zeitung in Posen mit Hilfe polnischen Kapitals bemerkt der Dziennik Kujawski unter Anderem:

Es giebt unter uns Leute, welche sich allein für gute Patrioten und kluge Politiker halten — und die nicht ein Moment zaudern, sobald ihr persön-

licher Ehrgeiz und ihre Selbstsucht in Frage kommt, ohne Weiteres Alles zu verderben, was auch unserer Gesamtheit gewisse Vortheile bringen könnte. Am traurigsten ist es, daß aus jenen unwilligen Worten auch eine gewisse Mißgunst zu Tage tritt! Soviel Geld — ruft man, ist für eine deutsche Zeitung hingegeben worden, während es im Fonds für polnische Zeitungsunternehmen schlecht bestellt ist. . . .

Durch solche Motive diskreditirt man zunächst das neue Unternehmen, welches ein Organ der parteilosen deutschen öffentlichen Meinung werden und die Unrichtigkeiten und Intriguen unserer größten Feinde demaskiren könnte.

Auch wir sind der Ansicht, daß das neue deutsche Organ, welches für polnisches Geld und noch dazu in Posen herausgegeben werden soll, keinen der Höhe der für dasselbe gebrachten materiellen Opfer entsprechenden Nutzen bringen könnte. Immerhin aber könnte es als Informationsquelle für die nicht-chauvinistische deutsche Presse dienen und uns in mancherlei Hinsicht zu Gute kommen. Größere Bedeutung würde eine mit deutschem Gelde herausgegebene Zeitung besitzen. Wir sind indessen davon überzeugt, daß dies vor Allem Herr Wagner selbst begreift, daß er daher aus rein taktischen und politischen Rücksichten nicht nach materieller Unterstützung in polnischen Kreisen getrachtet hat, und ferner, daß auch die polnischen Kreise, und vor Allem Herr von Rosielski, welcher als der Hauptaktionär des neuen Blatts genannt wird, sich aus diesen Rücksichten nicht so freigiebig gezeigt hat, wie erzählt wird.

Alle diese Angelegenheit betreffenden Gerüchte halten wir für böswilliges Geschwätz, das uns leider sehr schädlich ist. Denn ein solches kann die redlichen Bestrebungen Derjenigen zu nichte machen, welche eine immer mehr umschgreifende Spannung der Verhältnisse in den polnischen Landestheilen und die verderbliche Arbeit des H.-R.-Rismus zu vernichten trachten. Unsere Geschwägigkeit hat uns wieder einen schlechten Dienst erwiesen.

Aus Nr. 93 des Orędownik
vom 23. April 1899:

Die Unruhe des preußischen Systems.

In den letzten beiden Jahren hat die preußische Regierung eine ungewöhnliche, ruheloze und fieberhafte Thätigkeit entwickelt, indem sie auf dem gesamten Gebiet an der Ostgrenze den Erscheinungen der Lebensfähigkeit des polnischen Elements nachspürte. Diese fieberhafte Thätigkeit übertrug sich von oben her nach unten bis auf die niedrigsten Amtsstellen hin. Der Reihe nach thaten sich dabei hervor die Herren v. d. Recke als Minister des Innern, Dr. Bosse als Kultusminister und Herr v. Miquel, der in seiner Jugend ein Schwärmer für die Völkerfreiheit, ein Demokrat vom reinsten Wasser, hierauf Nationalliberaler gewesen und zuletzt der geadelte Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums geworden ist.

Den Minister des Innern haben alle unsre Vereine auf dem ganzen Gebiet von Puzig bis Myslowitz zu fühlen bekommen, ebenso unsre Zeitungen. Unter dem Regiment des Kultusministers fängt man an, im Großherzogthum das polnische Gebet, den polnischen Religionsunterricht auszurotten, ja, man gestattet sogar den polnischen Privatunterricht nicht; überall trifft man Vorbereitungen, auf daß die Geistlichkeit beim Germanisiren helfe. Von dieser Seite her

erheben sich die lautesten Klagen über die groß-polnische Agitation, und aus dem ganzen Verhalten der Schulverwaltung ist zu ersehen, daß man in Berlin die polnische Bevölkerung Oberschlesiens sowohl, als auch Großpolens und Westpreußens als ebendaselbe polnische Element ansieht und das gleiche System gegen dieses Element zur Anwendung bringt. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums hat die zu sogenannten „Kulturzwecken“ beabsichtigten Unternehmungen in seine besondere Obhut genommen, um im Osten das Deutschtum gegenüber dem polnischen Element zu heben. Dieses ganze Verfahren der preußischen Regierung deutet darauf hin, daß man in der letzten Zeit in Berlin einen gleichmäßigen Plan gefaßt, und sich darin den ganzen Feldzug vorgezeichnet hat, der gegen das polnische Element konsequent und rücksichtslos zur Durchführung gebracht werden soll.

Und diese Rücksichtslosigkeit, diese Eile und Ruhelosigkeit, diese Fieberhaftigkeit der Berliner Zentralbehörde sowohl, als auch der ihr unterstellten Beamten hierorts unter uns legt den Gedanken nahe, den wir bereits wiederholt betont haben: man hat nämlich in Berlin als unwiderlegbare Thatsache erkannt, daß das gesammte, während der letzten 25 Jahre in Anwendung gebrachte System vollständig mißglückt sei, daß man die bisherigen Maßnahmen erweitern und daneben neue einführen müsse, um zum Ziele zu kommen, damit das polnische Element an der Ostgrenze der preußischen Monarchie, welches kaum 24 Stunden von der Hauptstadt des Landes entfernt wohnt, im Falle eines Krieges mit Rußland den preußischen Interessen nicht hindernd im Wege stehe. Der erste Einfaß, den das preußische System auf die Karte gemacht hat, ist verloren gegangen; darum verdoppelt man den zweiten Einfaß, um sich zu rächen, um alles wieder zu gewinnen oder alles zu verlieren.

Die polnische Bevölkerung auf dem gesammten Gebiet an der Ostgrenze mußte sich dessen bewußt sein; sie mußte das preußische System gut kennen und verstehen; sie mußte wissen, wohin dies System strebt. Das Bewußtsein dessen, dies gute Verstehen des preußischen Systems ist die erste Bedingung für unsre Widerstandskraft und für unsre nationale Vertheidigung. Dies System wird sich nie ändern, nie einschlafen, nie ruhen, stets wird es thätig sein und handeln, und wenn es auf dem einen Wege irre gegangen ist, dann wird es andere Wege suchen, um sich seinem Ziele zu nähern. Die polnische Bevölkerung auf dem ganzen Gebiet an der Ostgrenze würde von vorn herein ihre eigene Widerstandskraft untergraben, wenn sie auch nur einen Augenblick annähme, daß hier einst für sie auch nur ein einziger schwacher Strahl der Hoffnung aufleuchten, daß eine Unterbrechung, eine Aenderung eintreten könnte. Nein, hier giebt es für uns keine Hoffnung; es wird keine Unterbrechung dieses Systems nach keiner Richtung hin geben. Und diese Ueberzeugung des gesammten polnischen Volkes, daß wir von dem preußischen System absolut nichts zu erwarten haben, daß wir nur auf Grund der eigenen Arbeit und Kraft fortbestehen können, diese Ueberzeugung wird, wenn man sie unter das gesammte polnische Volk trägt und sie ihr verkündet, die ergiebigste Quelle unserer Widerstandskraft sein. Die Geschichte der europäischen Völker, die sich in einer ähnlichen Lage befinden wie wir, bestätigt, daß nur diejenigen Nationen aus politischen Katastrophen heil hervorgegangen sind, welche ihre nationale Existenz auf ihre eigene Thätigkeit, auf ihre eigene Kraft gestützt und sich nie nach irgend welchem wunderbaren, von Auswärts her bevorstehenden Beistande umgesehen haben.

Möge diese Ueberzeugung das gesammte polnische Volk erfassen, möge sie ihm in Fleisch und Blut übergehen, möge jeder auf seinem Posten seine Pflicht gegenüber der Familie, der Nation und dem Glauben thun, dann setzen wir — der Kraft Kraft entgegen.

Aus Nr. 87 des Lech
vom 16. April 1899:

Was fürchten die Deutschen.

Bismarck sagte einmal: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand in der Welt.“ Ist denn das aber wahr? Uns will es scheinen, die Ausführungen eines unserer Abgeordneten waren zutreffender, als er sagte: „Ihr Deutschen fürchtet eben Gott nicht, denn Gott hat befohlen, den Nächsten zu lieben, Ihr aber hasset ihn und haltet Euch nicht an den Grundsatz: „Was du nicht willst, daß man dir thue, das füge auch keinem Anderen zu“. Natürlich trifft nicht Alle, die sich zu der deutschen Nation zählen, der Vorwurf. Es giebt auch edle deutsche Männer, die Gerechtigkeitsgefühl besitzen und die für das Unrecht, welches uns Polen zugesügt wird, nach Kräften und nach ihrer Ueberzeugung eintreten und diejenigen verurtheilen, die am Polenkoller leiden. Sehr betäubend ist jedoch die Thatfache, daß die Mehrheit, welche auf die Regierung und die Gesetzgebung einen Einfluß ausübt, dem Geiste der Uebermacht huldigt, und zur Unterdrückung der schwächeren Minderheit drängt. Und weshalb thun sie das? Wahrscheinlich aus Furcht, damit bei der Freiheit der Wissenschaften und der Arbeit auf dem Gebiete der Kunst und des Gewerbes sich nicht nach jeder Richtung hin ihre Unfähigkeit und größere Niedrigkeit zeige. Wenn sie nicht die rohe Gewalt in ihren Händen hätten und andere Ansichten nicht gewaltsam unterdrückten, würden sie selbst unterliegen.

Welches Glück für sie, daß sie die Polizei und Gendarmerie zur Verfügung haben. Die Deutschen fürchten alles Mögliche und Unmögliche, sie fürchten die Nebenbuhlerschaft seitens der anderen Konfessionen und Nationalitäten und sie rechtfertigen deshalb die Politik der Bedrückung. Wir brauchen uns nur die Gesetze anzusehen, welche gegen die Jesuiten und ihnen verwandte Orden erlassen wurden. Ruhige, gelehrte, nützliche, durch ein tiefes Wissen, scharfen Verstand und emsige Arbeit für das Wohl der Menschheit sich auszeichnende Leute werden schlechter behandelt, wie Rebellen und Verbrecher. Ohne Ursache werden ihnen Umsturz, dem Staate gegenüber feindliche Gesinnung vorgeworfen und Grundsätze in die Schuhe geschoben, deren die Deutschen selbst sich bedienen, wie z. B. „Der Zweck heiligt die Mittel“. Wir wissen, wer sich an diesen Grundsatz hält. Wie viele Winkelzüge waren da nicht nöthig, um die unwiderlegbare Wahrheit zu verdunkeln, um die an diesen Orden begangene Vergewaltigung zu bemänteln und die Schande zu verdecken, daß man um das Land verdiente Männer aus dem Vaterlande ausweist und ihnen verbietet, das Volk zu belehren oder mit der aufgeblühten Gelehrsamkeit deutscher Weiser zu kämpfen?! Man fürchtet diese Ordensbrüder, denn man weiß, daß man ihnen auf dem Gebiete der Wissenschaften bei freiem Wettbewerb nicht gleichkommt. Merkwürdig ängstlich sind auch die Deutschen, wenn sie sehen, daß eine handvoll Polen zu arbeiten, sich zu bilden und geistig und materiell sich zu bereichern beginnt. Ist das nicht eine merkwürdige, lächerliche und durch nichts begründete Furcht? Die armen, bedrückten, zu Aemtern nicht zugelassenen, in

geringer Anzahl unter der preussischen Regierung lebenden Polen wachsen in den Augen der chauvinistischen Deutschen zu gefährlichen Riesen, zu erbitterten Gegnern des Deutschthums, zu einem die Macht der deutschen Regierung und des deutschen, vom Kopf bis zum Fuß bewaffneten Staates untergrabenden Elemente an. Die Deutschen beschwören daher künstlich das Gespenst eines vom Meer zu Meer sich aufrichtenden, die Heere Rußlands, Deutschlands und Oesterreichs schlagenden, die ganze Welt mit seiner Macht überschwemmenden Polenreiches herauf. Wie sollen da die Polen nicht von ihrer Stärke und Größe träumen, wenn selbst die Deutschen sie fürchten? Wirklich naive Leser und Hörer haben diejenigen Helden, welche da verkünden, daß die polnische Nation bedrückt, geknebelt und ausgerottet werden müsse, andernfalls das mächtige Deutschland unter den wuchtigen polnischen Schlägen zu Grunde gehe.

Nicht dies ist jedoch die Ursache der gegen uns erlassenen Ausnahmegeetze. Nur die Angst und die Furcht vor der Welt und dem Urtheil der unparteiischen Weltgeschichte kann diese Aengstlichkeit und die Eile der Verdeutschung erklären. Die handvoll lebender Polen, das sind die ewigen Gewissensbisse, welche diejenigen nicht zur Ruhe kommen lassen, die aus Neid und Haß keinem Anderen ein Stückchen Brodes oder Grundes und Bodens gönnen. . . Die Deutschen fürchten die Polen, weil diese an eine herrliche Zukunft denken und dies ist doch ein Verbrechen und kann Deutschland zum Verderben gereichen, wenn Jemand daran zu denken wagt, daß bei Gott nichts unmöglich ist, daß das Glück sehr veränderlich ist! Ferner fürchten die Deutschen die polnische Sprache und vielleicht nicht mit Unrecht. Die polnische Sprache ist schön, fertig und übertrifft zweifellos die deutsche Sprache. Die polnischen Werke werden in fremde Sprachen übertragen und die Welt bewundert die unvergleichlichen Gedanken, die herrlichen Bilder und Beschreibungen, den poetischen Schwung, die farbenreiche Phantasie und das tiefe polnische Wissen. Wenn nun die Deutschen an dieser Sprache Gefallen fänden und die ihrige fallen ließen? Dann wäre das ein finis Germaniae! Die polnische Sprache zieht so mächtig an, daß die Deutschen sie liebgewinnen und die ihrige verrathen könnten! Möge nun Einer sagen, die Deutschen hätten nicht Recht, wenn sie die polnische Sprache aus der Schule und bei den Behörden, sowie aus dem öffentlichen Leben beseitigen. Ach, die Aermsten — sie haben wirklich Grund zur Furcht!

Aus Nr. 88 des Dziennik Poznański
vom 18. April 1899:

Die Nebenregierungen.

Es giebt in Deutschland zwei Richtungen, welche den Anspruch erheben, die Regierung zu beeinflussen, zu lenken und ihre wichtigsten Schritte zu kontrolliren. Beide Richtungen haben einen polenfeindlichen Charakter und ergänzen sich in ihren unedlen Bemühungen, nämlich in der Rettung des seitens der Schwächeren, deren Macht absichtlich überschätzt wird, angeblich bedrückten Deutschthums. Es ist dies der (H.-R.-T.) Verein zur Förderung des Deutschthums einerseits und der Alldeutsche Verein andererseits. Beide Vereine haben in Deutschland eine große Verbreitung gefunden und sammeln vor allen Dingen überall Beiträge, um mit diesen „Mitteln des Deutschthums“ gefügige Agitatoren für antipolnische Zwecke reichlich zu belohnen.

Beide Vereine arbeiten, wie gesagt, in polenfeindlichem Sinne und wenn der H.-R.-T.-Verein hauptsächlich sich mit inneren Angelegenheiten, mit Sachen des angeblich seitens der Polen bedrückten Deutschthums befaßt, nimmt der Alldeutsche Verein die äußeren Angelegenheiten des Reiches unter seinen besonderen Schutz und erteilt der Regierung Lehren, wie sie sich in der ganzen Welt zu verhalten habe, damit vor allen Dingen und ausschließlich das Deutschthum den größten Nutzen daraus ziehe. Daß derartige Kontrollen und unberufene Einnisungen in heikle internationale Angelegenheiten dem Staate große Verlegenheit bereiten können, hat sich nicht nur in Oesterreich, sondern auch in den Samoanischen Wirren gezeigt, die unlängst den Gegenstand einer Interpellation im deutschen Reichstage bildeten. Die Sache ist eine der für das Reich unglückseligen Hinterlassenschaften des Fürsten Bismarck, welchem seiner Zeit nach der Annexion der paradiesisch schönen samoanischen, im Stillen Ozean belegenen Inselgruppe gelüftete. Dies weckte natürlich den Neid Englands und der Vereinigten Staaten und als Fürst Bismarck einsah, daß er solchen Mitbewerbern nicht werde Stand halten können, erreichte er so viel, wie er konnte, indem er in dem Berliner Traktate eine Art von „Condominium“ einsetzte, welches England, die Vereinigten Staaten und Deutschland zur Mitregierung über diese Inseln zuließ. Eine derartige gemeinsame Wirthschaft ist an und für sich für die Betheiligten unbequem und giebt Veranlassung zu Mißverständnissen und Zwistigkeiten. Dies ist in erhöhtem Maße dann der Fall, wenn sich auf einer Seite herausstellt, daß man sich Mühe giebt, die anderen Mitbesitzer zu kürzen oder von dem Mitbesitz auszuschießen und zu verdrängen. Dies ist aus den Samoainseln geschehen; wir werden wohl nicht fehlgehen, wenn wir behaupten, daß die Ursache der Wirren auf diesen Inseln in der Thätigkeit des „Alldeutschen Verbandes“ zu suchen sei, welcher es für angebracht erachtete, dort die Fehler der „unfähigen Politik Deutschlands wieder gutzumachen.“ Man zerbricht sich heute den Kopf darüber, wer eigentlich die Samoawirren hervorgerufen habe; die Engländer und Amerikaner behaupten, daß der Dünkel und die Habgucht deutscher Beamten und Ansiedler Veranlassung zu den gefährlichen Wirren gegeben habe; hinter diesen „Machern“ steckt jedoch wahrscheinlich kein Anderer als die „Nebenregierung“ des Alldeutschen Bundes. Sie hat durch ihre Agitationen Herrn v. Bülow große Schwierigkeiten bereitet. Und es mußten sehr gefährliche Agitationen sein, wenn die Regierungen von England und Amerika sich sofort zu einem gewaltthätigen und bewaffneten, die internationale Ruhe gefährdenden Angriff entschlossen haben. Der Geschicklichkeit und Entschiedenheit des Herrn v. Bülow wird es vielleicht gelingen, diesen Sturm zu beschwichtigen und ein neues, korrektes Condominium auf der Unterlage des Vertrages vom Jahre 1886 wiederherzustellen und gleichzeitig den internationalen Frieden zu erhalten. Die deutsche Regierung wird zugleich die Ueberzeugung gewinnen, wie unbequem und gefährlich es ist, die sogenannten Nebenregierungen in Form des H.-R.-T.-Vereins und des Alldeutschen Vereins zu dulden. Herr v. Bülow hat es gar nicht vermuthet, daß er durch die Bemühungen eines dieser Vereine der überflüssigen Nothwendigkeit ausgesetzt sein werde, die deutsche Nationalehre zu retten und mächtigen Staaten mit einem energischen und entschiedenen Auftreten, d. h. mit dem Kriege zu drohen, wenn auch nicht mit einem solchen mit bewaffneter Faust, so doch mit einer internationalen Revanche auf wirtschaftlichem Gebiete. Die ganze Ungeschicklichkeit der Neben-

regierung zeigte sich in der unlängst im Reichstage in der Samoafrage erledigten Interpellation. Letztere sollte eine neue Aera für die angeblich unfähige äußere Politik Deutschlands ankündigen, in Wirklichkeit aber brachte sie die Unfähigkeit Derjenigen ans Tageslicht, welche Herrn v. Bülow verbessern und ihn in die richtigen Bahnen lenken wollten. Diese Interpellation brachte unter der Hegide der national-liberalen Partei kein Anderer, als der „Alldeutsche Verband“ ein, aber schon daraus erhellt, daß man ihre Begründung einem der Hauptmacher des Verbandes, übrigens auf parlamentarischem Gebiete einem vollständigen Neulinge, dem Dr. Lehr übertragen hatte. Er sollte, als „Verbesserungsmeister“, Herrn v. Bülow belehren, wie das Steuerruder der äußeren Angelegenheiten zu lenken sei, indessen hat er durch sein Auftreten nur Achselzucken und Entrüstung über seine eigene politische Taktlosigkeit bei allen Parteien hervorgerufen. Namentlich wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die äußere Politik Deutschlands vor der ganzen Welt in Verruf gebracht habe, daß er die Regierung in der taktlosesten Weise von der Welt zur Annektirung der Inseln, ohne Rücksicht auf die mitbetheiligten Mächte aufgefordert habe, dabei aber der Ansicht war, er werde sich die Sympathie des Kaisers und der Regierung erwerben, wenn er das den Steuerzahlern unsympathische Projekt der Flottenvermehrung in die Welt hineinpösaune, was doch gleichzeitig eine Drohung für die mächtigsten Staaten sei. Der Reichstag nahm dann auch, als er gesehen, auf welche Abwege der „Alldeutsche Verband“ die parlamentarische Thätigkeit führen könnte, von der Besprechung der Interpellation, nachdem p. Lehr eine gehörige Abfertigung seitens einiger Redner der wichtigeren Fraktionen erfahren hatte, Abstand, und ließ den Staat und das Ausland unter dem Eindruck der takt- und würdevollen Rede des Herrn v. Bülow, welche eine friedliche Beilegung der durch den Alldeutschen Verband so zugepöspigten Angelegenheit nicht ausschließt. Möchte doch dies, wie wir bereits erwähnten, ein Fingerzeig für die Zentralregierung sein, damit sie sich nicht durch die sogenannten „Nebenregierungen“ auf's Glatteis führen lasse. Es fehlte nicht viel und der Alldeutsche Verband hätte das Verhältniß Deutschlands zu den mächtigsten Staaten bloßgestellt, hätte Deutschland in eine Lage ohne Ausweg gebracht oder es der Gefahr eines Krieges oder einer schmachvollen Kapitulation ausgesetzt. Und bereitet der H.-R.-T.-Verein der Regierung nicht ähnliche Verlegenheiten? Er macht ihr im eigenen Lande die ganze polnische Bevölkerung, die ganze und mächtige katholische Meinung abwendig, ja er beraubt sie der Sympathien der ganzen slavischen Welt, die doch „une quantité négligable“ nicht ist. Diesen beiden Nebenregierungen müßte ein kleiner Dämpfer aufgesetzt werden, denn das Deutschthum kann die verhältnißmäßig geringfügigen Vortheile ihrer Thätigkeit mit den größten Verlusten in den internationalen Beziehungen bezahlen. Wie Frankreich seine Nebenregierungen in der Gestalt verschiedener politischer Bündnisse, die ihm die Dreyfußjade einbrachten, niederhält, müßte auch Deutschland verfahren, wenn es sich auf der Höhe einer wirklichen Kulturpolitik erhalten will.

Vielleicht könnte das einmal auch von der Rednerbühne des Parlaments herab gesagt werden.

Aus Nr. 90 des Oꝛedownik
vom 20. April 1899:

Eine sehr treffende Bemerkung

hat der Goniec bei der Besprechung der Art und Weise gemacht, wie der Wielkopolanin die Kirche vertheidigt. Dieses Blatt hatte lediglich die Worte des Dziennik Poznański wiederholt, der aus Anlaß unserer Bemerkung darüber, wie jetzt angesichts der Ausrottung des polnischen Gebets und des polnischen Religionsunterrichts aus den Volksschulen der unter der Losung: „Auf, gegen die Sozialisten!“ zwischen der Regierung und der Kirche geschlossene Friede anschauete, die Entdeckung gemacht hatte, daß der Drendownik es vorziehe, gegen die Kirche zu kämpfen. Der Wielkopolanin hatte hinzugefügt, der Drendownik wolle den Felsen Petri sprengen! Charakteristisch war dabei, daß beide Blätter den Drendownik apostrophiren, er solle diesen Versuch unterlassen, da er mißlingen müsse.

Wir sind an derartige Bocksprünge der versöhnungsparteilichen Presse so gewöhnt, daß wir sie absolut unbeachtet lassen, es sei denn, daß es die Aufklärung irgend einer Angelegenheit erheischt, darauf einzugehen.

Die Losung: „Gehen wir mit der Regierung gemeinschaftlich gegen die Sozialisten vor!“ ist zum ersten Male in der Thorner Katholikenversammlung ausgegeben. Hierauf wurde die Losung in dem aus Polen und Deutschen in Posen gegründeten antisozialistischen Verein laut, was dem Chefredakteur des Dziennik Poznański, der in diesem Verein eine große Rolle gespielt hat, wohl bekannt ist. Der Kurier Poznański wiederholte die Losung alle Augenblicke und wies mit dem Finger auf die Volkspartei, als auf einen ebenfalls sozialistisch gesinnten Heerhaufen hin. In demselben Sinne äußerte man sich in dem Posener Katholikentage, der mit einem unter Vorantritt von Kirchenfahnen von der Pfarrkirche aus durch die ganze Stadt nach dem alten Bahnhof veranstalteten Umzuge begonnen hat.

Dieses auf die Losung „Gemeinsames Vorgehen gegen die Sozialisten!“ mit der Regierung geschlossene Bündniß geht mit der Zeit in die Brüche. Die Regierung bedarf augenscheinlich unsrer Hilfe den Sozialisten gegenüber nicht, sie geht auf eigene Faust gegen uns selbst vor, und die ihr unterstellten Schulbehörden verbieten den polnischen Privatunterricht, kassiren den polnischen Religionsunterricht in den Schulen und rotten das polnische Gebet aus demselben aus.

Unsere Bemerkung: „Wie schaut es jetzt um den zwischen Regierung und Kirche unter der Losung „Auf, gegen die Sozialisten!“ abgeschlossenen Frieden aus?“ war also angesichts der Entwicklung, welche die Verhältnisse in den letzten beiden Jahren genommen haben, begründet und als solche absolut objektiv. Wie Dziennik und Wielkopolanin dazu gekommen sind, daraus herzuleiten, daß der Drendownik den „Felsen Petri“ sprengen wolle, bleibt ihr Geheimniß.

An diese Aeußerung hat der Goniec folgende, sehr treffende Bemerkung geknüpft:

„Es würde vielleicht angebracht sein, wenn es die geistliche Behörde für gut erachten würde, in entsprechender Form öffentlich zu betonen, daß sie für die im Uebrigen ungebetene Hilfe so verhängnißvoll ungeschickter Vertheidiger der Kirche danke. Allzu ungeschickt vermengt der Wielkopolanin den dogmatischen Charakter der Kirche mit der politischen Lage. Ein minder kritisch veranlagter Geist könnte auf den Verdacht kommen, daß die geistliche Behörde einen Wettbewerb dieser Art fördere, — wenn auch nur durch Schweigen!“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Drendownik bei obiger Bemerkung sich des Thatbestandes voll bewußt gewesen ist, nachdem er sich die Sache reiflich überlegt hat. Wir fügen hinzu, daß nicht allein minder kritisch veranlagte Geister, sondern sogar sehr klar denkende Köpfe fest davon überzeugt sind, daß der Dziennik Poznański, der Wielkopolanin und andre versöhnungsparteiliche Blätter sich bei Verstößen dieser Art mit der Person des Herrn Erzbischofs decken. Diese Ansicht ist allgemein verbreitet, nicht allein in volksparteilichen Kreisen, sondern auch in anderen, hier sowohl, als auch in des Provinz.

Jene Blätter gehen von der Voraussetzung aus, sie seien berechtigt, sich mit der Person des Herrn Erzbischofs zu decken, und zwar auch in Angelegenheiten politischer und nationaler Natur. Sie geben das bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu verstehen und machen davon nach der Richtung hin Gebrauch, daß sie auf jeden, der abweichender Ansicht ist, mit dem Finger zeigen, als auf einen Feind der Kirche. Dabei vermengen sie Alles: den Herrn Erzbischof als Haupt unsrer Erzdiözese mit dem Herrn Erzbischof, der den Reportern verschiedener deutscher Zeitungen gegenüber verschiedene politische Ansichten äußert, sie vermengen kirchliche mit polnisch-nationalen Angelegenheiten.

Der Goniec bemerkt dabei, ob es nicht erwünscht wäre, daß sich die kirchliche Behörde resp. der Herr Erzbischof öffentlich eine derartige Hilfeleistung seitens der versöhnungsparteilichen Blätter verbitte. Das ist ein politisch kluger Rath, wir meinen aber, daß das erfolglos sein wird, denn die geistliche Behörde in Posen sieht ja jahrelang unthätig diesen Ausschreitungen der versöhnungsparteilichen Blätter zu, welche katholische Schlagworte für ihre politischen Interessen ausnützen. Auch jetzt, wo man in den Schulen das polnische Gebet und den polnischen Religionsunterricht kassirt, verharret sie in Unthätigkeit.

Vom privaten Standpunkte unsres Blattes aus haben wir dem Goniec für die uns erwiesene Gefälligkeit zu danken. Aber das ist lediglich Privatsache. Vom öffentlichen Standpunkt aus gebührt dem Goniec Anerkennung dafür, daß er die Sache von dieser Seite her angegriffen hat. Die praktische Bedeutung der Aeußerung des Blattes werden wir binnen Kurzem an uns selbst verspüren. Eines der versöhnungsparteilichen Blättchen hat sich dieser Tage herausgenommen, folgenden klugen Satz auszusprechen: „Die preussische Regierung wird erst dann nachgeben, wenn wir sie mit Protesten überschütten werden.“ Wir werden ja sehen, wie unsre Proteste aussehen werden und wie das Nachgeben der Regierung aussehen wird, und dann erst wird Allen die Verwüstung vor Augen stehen, welche die Versöhnungspolitik unter uns anrichtet.

Aus Nr. 90 des Postep
vom 20. April 1899:

Aus Anlaß des Uebergangs eines Theils des Guts Pawlowo im Kreise Wongrowitz in polnische Hände, worüber die hiesige Posener Zeitung in ihrer Sonntagsnummer (Nummer 264) Krokodilsthränen vergießt, drängen sich uns folgende Betrachtungen auf:

Das wunderschöne Gut Pawlowo in der Nähe von Welnau gehörte vor 9 Jahren dem Grafen Mionczynski, welcher außerdem große Güter im Königreich Polen besitzt. Sowohl das Gut Pawlowo wie Swiniary, welches von ersterem Gute 2 Meilen

entfernt ist, beide in schöner Gegend im Gnesener Kreise gelegen, gingen fast zu ein und derselben Zeit in deutsche Hände über, und zwar ohne die geringste Veranlassung, ohne das geringste Bedürfnis, das vorlag; man muß vielmehr lediglich annehmen, daß dies aus Spekulationsgründen und infolge der den Polen angeborenen Vergnügungssucht geschehen ist, die Welt im Uebermaß zu genießen, solange man noch jung ist, denn sowohl Graf Mionczynski, als auch Herr Malczewski, der Besitzer von Swiniary befanden sich in so günstigen Verhältnissen, als sie ihre Güter verkauften, daß sie sich aus der Welt und der Menschheit nichts zu machen brauchten. Und dennoch haben sie hunderte polnischen Volks, für welches der Adel bei jeder Gelegenheit und in jeder Versammlung eingetreten ist, zur Auswanderung übers Meer oder in die Fremde gebracht, sie haben sie in die Kohlengruben hineingedrängt, welche von tödtlichen Gasen erfüllt sind. Bei diesen Herren kann man Liebe zur Heimath, zum Vaterlande, Liebe zum Volke, das ihnen der liebe Gott, der sie mit so reichen Gütern gesegnet, anvertraut hat, nicht erblicken. Hier bei diesem Schacher mit der väterlichen Scholle herrschte die Sucht, das Leben zu genießen, vor! Und doch hätten die Reichthümer, welche sie im Ueberfluß besaßen, hingereicht, um sie das Leben genießen zu lassen, wenn sie nur mit mehr Bedacht gelebt hätten! Die Posener Zeitung schreibt, daß Pawlowo ein Herr von Dziembowski gekauft hat. Wir wissen augenblicklich nicht, welcher Herr von Dziembowski das ist; ob dies nicht etwa der Besitzer von Roszkowo im Kreise Wongrowitz ist, welcher vor ein paar Jahren mit einem Vorwerk die Ansiedelungskommission beglückt hat! Wenn dies derselbe wäre, so hätte er durch den Ankauf von Pawlowo seinen früheren Fehler einigermaßen wieder gut gemacht, aber ob dieses Wiedergutmachen von Bestand sein wird, das ist eine andere Frage. Hat doch auch der verstorbene Herr von Domb ski, der frühere Besitzer von Konary in Kujawien, als er gezwungen war, sein väterliches Erbe zu veräußern, das seiner Heimath zugefügte Unrecht einigermaßen dadurch wieder gut gemacht, daß er zwar ein kleineres, aber sehr gut bewirthschaftetes und in gutem baulichen Zustande befindliches Gut Mochalek aus deutschen Händen kaufte. Und was geschieht nach einigen Jahren? Seine Ehefrau, eine geborene von Kostitz-Zackowski, Frau von Domb ska läßt dieses schöne Stückchen polnischen Landes wieder in deutsche Hände übergehen! Wenn dies nur mit Pawlowo nicht etwa auch so geht! Denn unser Adel leidet an der Selbstmordmanie!

Der größere Theil von ihm wadet im Sumpfe des Ueberflusses, der Ausschweifung und Verschwendung immer weiter, so lange das von den Vätern ererbte Vermögen reicht und wenn dieses durch den aufgewendeten Luxus verbraucht ist, dann werden die Angehörigen unserer alten Adelsgeschlechter Pflastertreter oder enden durch Selbstmord, indem sie sich physisch und moralisch umbringen. Was helfen uns angesichts dieses erschreckenden Schwindens großer Flächen polnischen Landes unter unseren Füßen die großen Kapitalien der Industriellen, welche in unseren Banken und sonstigen Instituten angehäuft sind? Werden diese uns unsere nationale Unabhängigkeit, unsere Muttersprache, unsern heiligen Glauben bewahren? Sie werden nur zur rascheren Entnationalisirung, zum frühzeitigeren Verlust unserer heiligsten nationalen und religiösen Schätze beitragen. Ohne sie giebt es kein Polen! Diejenigen, welche »finis Poloniae« ausgerufen haben, wußten sehr wohl, wodurch dieses Ende beschleunigt werden kann. Sie bereiteten weder der Industrie, noch dem Handel oder dem Handwerk Schwierigkeiten, sondern verhinderten zunächst die Erhaltung und den Erwerb von väter-

lichen Boden, denn, wenn dieser uns völlig unter den Füßen genommen wird, dann ist's mit unserm Polenthum, mit unserer Unabhängigkeit aus und was das Gefährlichste ist, wir werden Kosmopoliten. Denn der Grund und Boden, sein Besitz, ist jener Sturmbock, an welchem alle Angriffe der Gegner scheitern. Der Besitz von Land hält die Industrie und den Handel aufrecht, auf den Landbesitz stützt sich der Nationalreichtum und jedes Leben, sei es das politische oder religiöse. Wir müssen daher mit beiden Händen am Grund und Boden festhalten und mit dem Lande keinen Schacher treiben, wie mit einer gewöhnlichen Waare, wir müssen uns in der landwirthschaftlichen Industrie ausbilden, die in den Banken todt daliegenden Kapitalien ausnutzen, sie lieber in Grund und Boden anlegen, und bei einer tüchtigen Wirthschaft können sie nicht jene zweifelhaften Prozente oder auch Bankverluste bringen, sondern hundertfache Frucht. Denn das Eigenthum und Besitz von Land und dessen Kultur bilden das Leben und die Stärke einer Nation und nicht das todte Kapital, welches veränderlich und schwankend ist

Aus Nr. 91 des Wielkopolanin
vom 21. April 1899:

Posen.

In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Posener Straßenbahn“, welche am 8. April 1899 stattgefunden hat, wurde beschlossen, das Anlagekapital um 500 000 Mark zu erhöhen und zwar soll dieses Kapital in 500 auf den Namen des Vorzeigers lautende Aktien à 1000 Mark getheilt werden. Sobald diese Aktien herausgegeben werden, mögen Diejenigen, welche Kapital besitzen, solche ankaufen, denn sie rentiren sich sehr gut. Hierbei können wir jedoch nicht unterlassen zu erwähnen, daß wenn die Direktion weiter die hafatistischen Bahnen wandeln wird, wozu sie sich leider anschickt, indem sie die polnischen Aufschriften an den Waggons entfernt und nur Tafeln mit deutscher Aufschrift anbringen läßt, das polnische Publikum, welches die Kasse unser Gesellschaft in nicht unbedeutendem Grade füllt, worüber in Posen und in der Provinz allgemein mit großer Entrüstung gesprochen wird, die elektrische Bahn fortan nicht mehr benutzen und sich nur auf deren allernothwendigste Benutzung beschränken wird. Dieser Entschluß des polnischen Publikums kann in den Einkünften der Gesellschaft ein großes Defizit herbeiführen.

Das polnische Publikum ist im Punkte der Achtung seiner eigenen Sprache gegenwärtig äußerst reizbar, weil es allgemein das Bestreben bei den Deutschen erblickt, seine Sprache immer mehr auszurotten.

Aus Nr. 93 des Wielkopolanin
vom 23 April 1899:

In letzter Zeit gab es nicht einen Tag, an welchem nicht irgend welche Anordnungen von Verwaltungs- und Polizeibehörden, irgend ein Schritt seitens Schul- oder Postbehörden die polnische öffentliche Meinung im Innersten in Aufregung gebracht und unsere nationalen Empfindungen verletzt hätten. Die gegen die Polinnen, welche privatim und interesselos polnischen Schulkindern Unterricht erteilten, erlassenen Strafmandate, die Erlasse irgend

eines Schulinspektors, die neuerdings veranstaltete Jagd auf Namen mit deutschem Klange, die Beseitigung der polnischen Aufschriften von den Strassenwaggonen, die Entfernung der polnischen Drochkentarife, die schweren Strafen, welche in der Schule polnische Kinder treffen, die Ausschreitungen von Postbeamten, welche beim Anblick einer polnischen Adressedass Zittern bekommen, bilden eine lange Reihe von Beweisen dafür, daß der „Polenkiller“ immer weitere Dimensionen annimmt, und daß ein festes Germanisationsystem existirt, welches in die geringsten Einzelheiten eindringt.

Es ist schlecht um uns bestellt und es wird noch schlimmer werden, wer aber wird den Muth verlieren? Wir haben uns an Widerwärtigkeiten bereits gewöhnt, wir sind im harten Kampfe bei der Vertheidigung unserer Rechte aufgewachsen — so wird uns auch nichts ins Schwanken bringen — und vor Allem, es wird uns nichts aus der Ruhe bringen, welche keine Gleichgültigkeit ist, sondern sich auf die Ueberzeugung gründet, daß wir trotz Allem ausharren und siegen werden!

Das polnische Haus, das ist eine Burg, in welche der Geist des Hasses gegen Alles, was polnisch ist, noch nicht eindringen kann.

In diesem polnischen Hause laßt uns Alles pflegen, was unser, was national ist, und vor Allem gedenken wir der armen Ausgestoßenen, welcher unsere Gegner die Kleider vom Körper herunterreißen — **der polnischen Sprache!**

Das deutsche Wort soll man in einem polnischen Hause nicht dulden, deutsche Blätter müssen aus jedem polnischen Hause ausgeschlossen sein, und Alles was mit dem Deutlichkeit zusammenhängt.

Pflegen wir die nationalen Gebräuche, erwärmen wir durch nationale Lieder unsern Geist und er-muthigen wir durch den Unterricht der Geschichte unserer Nation das Herz! So muß es jeder thun. Mögen die Aelteren die Jüngeren ermahnen, die Gebildeten die weniger Gebildeten.

Wir werden uns nur dann halten können, wenn die gesammte Nation vom Höchsten bis zum Niedrigsten sich zur Vertheidigung der nationalen Heiligtümer und zum Schutze des gleichzeitig bedrohten Glaubens zu einer großen Bruderschaft zusammenschließt.

Wir fordern nicht auf, einen auf Statuten gestützten Verein zu begründen. — Die Statuten sollen in diesem Falle die polnischen Herzen bilden, und das Bindeglied das Bewußtsein des zugefügten Unrechts.

Denken wir bei jeder Gelegenheit, auf jedem Schritt daran, was unsere heilige Pflicht ist: nämlich an die Vertheidigung des Glaubens und der Nationalität.

Denken wir daran solange, bis dieses große und heilige Empfinden Alle durchdringt, bis diese große Pflicht: nämlich die Vertheidigung des Glaubens und der Nationalität überall und immer das tägliche Brot, das tägliche Vaterunser wird.

Und suchen wir außerdem zur Wohlhabenheit zu gelangen, lernen wir arbeiten! Durch Bildung, Arbeit, Sparsamkeit und Liebe zu Allem was unser ist, werden wir siegen.

Aus Nr. 93 des Wielkopolanin
vom 23. April 1899:

Der im April v. J. erschienene Ministerialerlaß erstrebte anscheinend die Wölderung der nationalen

Gegensätze. Es wurde darin den Staatsbeamten empfohlen, das System der Nadelstiche zu meiden. Und was geschieht gegenwärtig!

Das ist schon kein Stechen mit Nadeln mehr, das ist ein Hineintreiben von Nadeln in den lebendigen Körper tief und rücksichtslos.

Aber Alles dies trägt nur dazu bei, unter uns diejenigen aufzuwecken, welche schlafen und die Folgen dieser gegenwärtigen Strömung, von welcher man Germanisirung unserer Landestheile erhofft, werden ganz andere sein.

Unsere Widerstandsfähigkeit wächst, und dieses System wird ein unmittelbarer Verbreiter des Hasses gegen die Vertreter der Behörden sein.

Aus Nr. 96 des Goniec Wielkopolski
vom 27. April 1899:

Unentgeltliche Kurse des polnischen Sprachunterrichts für Mädchen.

Diejenigen Eltern, deren Kinder das 14. Lebensjahr zurückgelegt haben, sich aber nicht im Besitz genügender Kenntnisse der Muttersprache befinden, machen wir auf die unentgeltlichen Kurse des polnischen Sprachunterrichts aufmerksam, indem wir sie auffordern und ihnen warm ans Herz legen, daß sie die Gelegenheit wahrnehmen und ihre Töchter schleunigst die Kurse besuchen lassen.

Anmeldungen nimmt Frä. Janina Dmankowska, Wienerstraße 10, täglich von 3 bis 7 Uhr Nachmittags entgegen.

Aus Nr. 96 des Wielkopolanin
vom 27. April 1899:

Ueber die Audienz beim Minister Dr. Bosse.

An den gestern kurz veröffentlichten Bericht über die Audienz beim Minister müssen wir noch einige vervollständigende Bemerkungen knüpfen. In seiner Erwiderung auf die Ansprache des Redners der Deputation, Herrn Valerius v. Lebinski, sagte der Herr Minister unter Anderem, der preussische Staat sei weder verpflichtet, die polnische Sprache in den Schulen und bei den Behörden zu unterstützen, noch gedenke er es zu thun, weil er die polnische Sprache als eine fremde Sprache ansehe. Diese Erklärung des Herrn Ministers muß verwundern. Der Minister erkennt daher die Verpflichtungen des preussischen Staates nicht an, welche den Polen gegenüber in den Traktaten vom Jahre 1815 zum Ausdruck gebracht worden sind. Wunderbar ist es ferner, daß der Staat sich seinen polnischen Unterthanen gegenüber nicht verpflichtet halten soll. Es ist dies ebenso, als ob der Herr Minister die Existenz der Polen ableugnen wollte. Und doch existiren die Polen, und man könnte viele Zusagen und königliche Worte anführen, welche den Polen als preussischen Staatsbürgern ihre Sprachrechte garantiren. Die Wiener Traktate und die königlichen Manifeste vom Jahre 1848 bestehen noch und müssen als Norm dafür dienen, wie man sich uns gegenüber verhalten soll. Unsere Abgeordneten haben hierauf schon oftmals hingewiesen, aber stets vergeblich; es liegt also in dem System, wie man uns behandelt, der ausdrückliche Wille, die uns garantirten Rechte abzubreiten. Hiermit müssen wir rechnen und darnach müssen wir unser Verhalten einrichten.

Der Minister sagte ausdrücklich, daß, sobald er sich davon überzeugt haben würde, daß der polnische Privatunterricht rein humanitäre Zwecke verfolge — wie dies zu verstehen sei, hat der Minister nicht gesagt — er dann vielleicht zulassen würde, daß die Damen ein bis zwei Kinder unterrichten, „aber sie müssen hierzu die Erlaubniß besitzen.“ Der Herr Minister hat nicht näher erklärt, was er unter „rein humanitären Zwecken“ verstehe, aber es ist nicht schwer, sich dies zu erklären.

Es handelt sich hier um die Fürsorge, um die geistige Entwicklung solcher Kinder, deren Eltern in Folge ihrer täglichen Beschäftigung sich mit der Ausbildung ihrer Kinder nicht zu befassen vermögen.

Die Frage wäre also leicht zu lösen, wenn nicht jene berühmten „Berichte“ wären!

Die Gesuche der Damen um die Erlaubniß zur Ertheilung polnischen Privatunterrichts pflegen verschiedenen Instanzen vorgelegt zu werden, und diese glauben gewöhnlich, daß es den Polinnen nicht um die oben angeführten humanitären Zwecke zu thun ist, sondern um national-politische Zwecke — und damit basta! Daher auch die abschlägige Antwort!

Aus Nr. 96 des *Goniec Wielkopolski*
vom 24. April 1899:

Abfertigung.

Eine häßliche Abfertigung wurde der polnischen Deputation in Betreff der Ertheilung des polnischen Privat Sprachunterrichts zu Theil. Auf die Ausführungen des Führers der Deputation, des Redakteurs des *Wielkopolskanin* W. v. Lebinski, erwiderte der Herr Minister, daß ein weiteres Eingehen auf diesen Gegenstand nicht zum Ziele führen würde, drückte gleichzeitig sein Befremden darüber aus, daß die Sache nicht vorher dem Oberpräsidenten vorgetragen worden sei. Deshalb, um zu erfahren, daß eine Besprechung dieser Sache nicht zum Ziele führen werde, nach Berlin zu reisen, hat sich nicht gelohnt. Vielleicht haben das die Herren v. Lebinski u. s. w. bis jetzt nicht gewußt, wir wollen aber hoffen, daß sie sich das für die Zukunft merken und uns nicht einer derartigen häßlichen Abfertigung aussetzen werden. Dem Herrn Minister können wir nur zu dem Scharfsinn, den er durch die gnadenvollen Worte bewies, daß er gestatte, in den Familienkreisen polnisch zu sprechen, beglückwünschen. Wir werden nicht verabsäumen, von dieser Erlaubniß des Herrn Ministers Gebrauch zu machen. In der polnischen Familie soll in Zukunft eine fremde Sprache keinen Platz finden. Jedenfalls wird der polnische Unterricht nicht aufhören. Nur in Betreff der Lehrer tritt eine Aenderung ein. Es wird verlangt, daß die Lehrer Verwandte sein sollen. Einverstanden, wir sind ja Alle von einem und demselben Blute, Alle einer Mutter Kinder.

Aus Nr. 93 des *Kuryer Poznański*
vom 23. April 1899:

In dem Artikel über den heutigen Stand des polnischen Sprachunterrichts bringt der *Kuryer Poznański* zunächst die Bestimmungen vom 14. März 1894 und knüpft daran noch Folgendes:

Auf die Vorstellung der Kreischulinspektoren hat die Königliche Regierung in vielen von polnischen

Kindern besuchten Schulen wie z. B. in polnischen Dörfern der Gegend von Uch und in Lazarus bei Posen, die Ertheilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache angeordnet. Auf dieser Grundlage stützten sie im Sinne des Erlasses vom Jahre 1894 die Nichtzulassung des fakultativen polnischen Schreib- leseunterrichts. In allen Schulen also, wo deutscher Religionsunterricht zur Einführung gebracht worden ist, wird den polnischen Schülern nicht eine einzige polnische Sprachstunde ertheilt.

Es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß die Kreischulinspektoren alle in dem Reskript enthaltenen für den Sprachunterricht ungünstigen Vorschriften aufs Strengste zur Anwendung gebracht haben. Wenn die Eltern eine Eingabe einzureichen vergaßen, oder sich mit einer solchen verspäteten, so wurden ihre Kinder zur Theilnahme am polnischen Schreib- leseunterrichte überhaupt nicht mehr zugelassen. Wir kennen Gemeinden, in denen die polnischen Schüler den Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten; aber trotzdem ist in ihren Schulen der polnische Sprachunterricht als fakultativer Gegenstand nicht eingeführt, weil man den Eltern von der Bedingung, deswegen vorstellig zu werden, nichts gesagt hat und sie deshalb dieselbe auch nicht erfüllen konnten.

Es ist fernerhin eine bekannte Sache, daß man die Eingabe eines deutschen Vaters oder Vormundes regelmäßig unberücksichtigt läßt. Ebenso ist bekannt, daß in manchen Schulen für die Mittelstufe wöchentlich eine Stunde Sprachunterricht zu der Zeit angesetzt war, in welcher die Oberstufe kalligraphischen Unterricht hatte. Besonders aber hervorzuheben ist es, daß in manchen Schulen der polnische Schreib- leseunterricht plötzlich aufgehoben wurde, da an Stelle des polnischen Lehrers ein deutscher Lehrer Anstellung fand, welcher der polnischen Sprache unkundig war.

Ganz besonderen Eifer geben die Schulinspektoren beim Ueberwachen darin kund, daß die Lehrer den Unterricht einzig und allein auf Lesen und Schreiben beschränken; weiterhin lenken sie ihr Augenmerk darauf, daß von Seiten der Lehrer auf die Schüler keinerlei Einfluß mit Bezug auf Fleiß und die regelmäßige Theilnahme am Unterrichte ausgeübt werde. Die Direktoren der Posener Schulen ermahnten ihre Lehrer in diesem Jahre, es nicht zu wagen, die polnischen Eltern durch die Kinder zu benachrichtigen, daß die Stellung eines Antrags zwecks Zulassung zum polnischen Sprachunterricht nothwendig sei und ferner sollten die Lehrer die Kinder weder für das Verabsäumen des Sprachunterrichts noch für ihre Trägheit bestrafen.

Die Schulbeamten haben augenscheinlich den Auftrag erhalten, die in dem Ministerialreskript vom Jahre 1894 erhaltenen Vergünstigungen illusorisch zu machen.

Da, wo die Schüler keinen polnischen Sprachunterricht genossen haben, sind schon die Fortschritte in der Religion geschwächt; auch ist die Schuljugend zum großen Theil nicht mehr im Stande, aus den Gebetbüchern, oder auch den kirchlichen Gesangbüchern Nutzen zu ziehen, sodaß das religiöse Gefühl in ihr zu ersterben droht. Ein solcher Zustand ist unmöglich!

Wir müssen unbedingt danach streben, daß in der Schule jedem Kinde zur Erlernung der polnischen Sprache Gelegenheit gegeben werde. In diesem Sinne sind wir verpflichtet, unsere Forderungen zu stellen. Zur Verständigung in dieser Angelegenheit ist es nöthig, Parochial-Versammlungen und demnächst eine Generalversammlung in Posen zu veranstalten.

Aus Nr. 88 des Ogedownik
vom 18. April 1899:

Ueber die große Versammlung,

welche die Polen in Posen zu veranstalten beabsichtigen, hatte sich auch der Postemp in einem längeren Artikel (sfr. vorige Nummer des Gesamtüberblicks) geäußert. An diese Auslassung knüpft der Drendownik folgende Bemerkung:

„Der Postemp hat vollständig Recht, wenn er schreibt, daß Niemand im Prinzip etwas gegen diese Versammlung einzuwenden habe. Es versteht sich von selbst, daß eine dieser Angelegenheit wegen einberufene Versammlung auch mit Sachkenntniß veranstaltet werden muß. Darin hat der Postemp auch Recht, daß es besser sei, sich in dieser Versammlung mit einer Sache ausgiebig zu befassen, als eine ganze Reihe von Angelegenheiten, und noch dazu verschiedenartiger, in den Kreis der Erörterungen zu ziehen, ohne daß man dieselben in der Versammlung gründlich besprechen kann.

Merkwürdig, daß der Kurjer Poznański dem Vorschlag des Dziennik gegenüber Stillschweigen beobachtet! Und doch müßte der Kurjer von seinem Standpunkt aus hierzu nicht schweigen, z. B. zu dem Vorschlage, den Schutz polnischsprechender kirchlicher Minderheiten in der Versammlung zu erörtern. Dieser Vorschlag ist nur folgendermaßen zu verstehen: Die H.-K.-Listen üben auf die Deutschkatholiken in den Städten, wenn dieselben auch stark in der Minderheit sind, einen Druck dahin aus, bei der geistlichen Behörde die Einführung deutscher Andachten oder falls solche in gewissem Umfange eingeführt sind, deren Vermehrung zu verlangen. Nach dem Beispiel der H.-K.-Listen sollen also die polnischen Katholiken in denjenigen Parochien, wo sie in der Minderheit sind, die gleiche Vergünstigung für sich fordern. Falls aber die geistliche Behörde, womit gerechnet werden muß, die Forderungen der polnischen Katholiken in diesem oder jenem Falle nicht berücksichtigen sollte, was soll dann geschehen? Wollen wir dann eine zweite „Generalversammlung“ einberufen und über die geistliche Behörde in demselben Tone diskutieren, wie dies die H.-K.-Listen in der Posener Zeitung oder im Posener Tageblatt thun?

In welchem Umfange die thatsächlich in den Parochien herrschenden Verhältnisse diesen Vorschlag rechtfertigen, wissen wir nicht. Ob der Dziennik etwas mehr darüber weiß, können wir nicht sagen; das ist jedoch jedem klar, daß aus diesem Vorschlage, wenn er praktisch durchgeführt wird, sich leicht eine Kollision zwischen der geistlichen Behörde und der polnischen Bevölkerung entwickeln könnte, und wir würden dann der geistlichen Behörde gegenüber mit den H.-K.-Listen in Wettbewerb treten.

Solche Sachen schlägt der Dziennik vor, und der Kurjer schweigt dazu, und wenn auch die Volkspresse daraus die Konsequenzen ziehen und die Sache vom Standpunkt unserer versöhnungsparteilichen Politiker aus darstellen würde, meinen diese Blätter, daß dies bei ganzen Massen des Volkes nicht Gehör finden würde?

Davon, daß die Rentenwirthschaften in einer Versammlung, wo es sich in erster Linie um den polnischen Privatunterricht handelt, besprochen werden könnten, ist überhaupt nicht zu reden; denn dieser Materienmischmasch richtet sich selbst!“

Aus Nr. 91 des Kurjer Poznański
vom 21. April 1899:

Im Anschluß an die vom Herrn Kultusminister zum Antrag Reinecke am 19. April d. Js. im Landtage gemachten Ausführungen schreibt der Kurjer:

„Wir bitten unsre Abgeordneten, den Herrn Minister zu fragen, ob er bei seinen Ausführungen über die Privatschulen im Posen'schen auch den privaten polnischen Sprachunterricht im Sinne gehabt habe, wegen deren die Polizei Strafmandate verschickt.

Worin ist das Kriterium der Privatschule in nachstehendem Falle zu erblicken? Ein Kind besucht regelmäßig die öffentliche Schule. Zuhause lassen die Eltern es im Zeichnen, im Französischen, nun, und schließlich auch im Polnischen außerhalb der Schulstunden unterrichten. Derjenige, welcher die Stunden ertheilt, erhält dafür kein Geld, keine Entschädigung, er ertheilt keinen systematischen Unterricht. Trägt ein derartiger Unterricht die Kriterien irgendwelcher Privatschule an sich? Wir sind neugierig, ob sich ein Richter auf der Welt finden würde, der Jemanden dafür bestrafen wollte, daß er ein Kind aus freiem Willen außerhalb der Schulstunden das Lesen einer Sprache lehrt.

Die Herren Abgeordneten müßten dafür sorgen, daß Europa erfahre, wie am Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen deswegen Polizeistrafen verhängt werden. Wir sind überzeugt, daß die Geschichte den Namen des Ministers verewigen wird, der eine solche Verfügung erlassen oder bestätigen sollte. Wenn der Fortschritt in der Gesittung so aufgefaßt wird, wenn die christlichen Grundsätze in dieser Form verwirklicht werden sollen, so werden nur die Herren Sozialisten die Früchte einer solchen Auffassung ernten, aber verantwortlich vor Gott und vor der Geschichte werden diejenigen sein, welche Jenen dazu verhalfen.“

Aus Nr. 94 des Kurjer Poznański
vom 25. März 1899:

Wir erhalten folgende Mittheilung aus der Stadt:

Aus der in der Allerheiligenstraße gelegenen Volksschule sind 12 arme katholische und 3 lutherische Mädchen zur Theilnahme am Unterrichte in der bei der Bürgerschule errichteten Haushaltungsschule (Ritterstraße Nr. 30) ausersehen; dieselben sollen das ganze Jahr hindurch an jedem Freitag von Morgens 7 bis Mittags 1 Uhr Unterricht in der Kochkunst erhalten. Es ist hierbei zu erwähnen, daß in genannter Schule ausschließlich Fleischspeisen zubereitet werden. Die Schülerinnen haben das Recht, die von ihnen zubereiteten Speisen sofort zu genießen oder dieselben nach Hause mitzunehmen. Angesichts der Thatsache, daß die erwähnten Mädchen den ärmeren Ständen angehören, wäre es für dieselben von Vortheil, das von ihnen zubereitete Mittagsmahl für sich zu verwenden; jedoch dürfte in diesem Falle die ihnen zuerkannte Wohlthat sich zur Illusion gestalten, weil $\frac{4}{5}$ der Schülerinnenzahl katholisch ist und die Katholiken bekanntlich am Freitag sich des Fleischgenusses enthalten müssen. Wenn wir hierbei bedenken, daß die Mädchen beim Kochen gezwungen sind, die Fleischspeisen zu kosten, während des fünfständigen Unterrichts hungrig werden und somit in die Versuchung kommen, das ihnen durch die Religion vorgeschriebene Verbot des Fastens zu übertreten, so kann es uns Niemand verargen, wenn wir

gegen die der katholischen Religion von Seiten der Schulbehörde gebrachte Geringschätzung protestiren müssen, und im Namen der durch die Schülerinnen theiligten Eltern fordern wir, man möge die katholischen Mädchen an jedem andern Tage in der in der Ritterstraße gelegenen Schule unterrichten lassen, nur nicht Freitags und Sonnabends. Wir meinen, die Schulbehörde könne bei gutem Willen mit Leichtigkeit eine Aenderung der besprochenen Sache herbeiführen. Mit derselben Bequemlichkeit ließe es sich ermöglichen, an solchen Tagen, an welchen den Katholiken strenge Fast angelegt ist, die in der Bürgerschule beschäftigten katholischen Mädchen durch protestantische abzulösen.

Aus Nr. 91 des Kurjer Poznański
vom 21. April 1899:

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

Gostyn, 18. 4. 99.

In dem dicht bei Kröben belegenen Kennemannschen Gute Pudliszki hat der zweite, evangelische Lehrer Zaeske, den achtjährigen Lorenz (Wawrzyn) Grzelczak aus Kokozi am Sonnabend, den 15. d. M. in so schrecklicher Weise gestraft, daß man den Knaben aus der Schule nach Hause tragen mußte, woselbst er unter schrecklichen Schmerzen und unaufhörlichem Stöhnen nach einigen Stunden am Sonntag früh 7 Uhr verstarb. Herr Zaeske selbst hat die königliche Staatsanwaltschaft in Lissa hiervon telegraphisch in Kenntniß gesetzt. Heut (Dienstag) früh hat eine gerichtsarztliche Kommission die Sektion der Leiche vorgenommen. Das Resultat derselben wird die Gerichtsverhandlung ergeben. Herr Zaeske soll sich als Pädagog des Vertrauens seiner Behörde erfreut haben und bereits mehrfach mit Gratifikationen für hervorragende Förderung der Schüler in der deutschen Sprache bedacht worden sein.

O, unsere armen Kinder!

Wir hoffen, daß die Untersuchung gegen den Lehrer Zaeske mit derselben Strenge geführt werden wird, wie dies neuerdings in dem gegen eine Berliner Ordensangehörige angestregten Prozesse geschehen ist. Dieselbe hatte einen Knaben körperlich strafen lassen, von dem Professor v. Bergemann im Termine bekundete, er biete die Anzeichen für die Verbrecherkarriere. In diesem Prozesse handelte es sich um die Züchtigung eines halbstarrigen Taugenichtses, der mehrfach aus dem Heim entwichen war, um eine Züchtigung, welche nicht die mindeste Körperbeschädigung hinterlassen hatte! Hier handelt es sich um den Tod eines achtjährigen, polnisch-katholischen Kindes, das unfähig war, sich mit dem Lehrer in einer ihm fremden Sprache zu verständigen. Wir fordern hier nur Gerechtigkeit.

Die Thatfache an sich wirft ein so grelles Licht auf die aus unseren Schulverhältnissen sich ergebenden Konsequenzen, daß sie eine Anregung, und ein Objekt sein muß, mit dem sich die Gesamtheit, nicht nur die polnische, nicht nur die katholische, sondern auch alle diejenigen unabhängigen und edelgesinnten Leute jeder Partei befassen, die auf dem Standpunkte der Humanität stehen und die dessen eingedenk sind, daß jedes Kind als schwaches Wesen das Recht auf ihren Schutz hat, da das unerbittliche Gesetz die Eltern zwingt, die Kinder in Schulen zu schicken, zu denen sie nicht das mindeste Vertrauen haben, mit Rücksicht auf die eigenen heiligsten Empfindungen und Ueberzeugungen.

Der Oredownik schreibt zu obigem Fall in Nr. 93 vom 23. April:

„Die Mittheilung über den Tod des Knaben Grzelczak aus Kokozi bei Gostyn, der von dem Lehrer Zaeske gemißhandelt worden ist, hat in der ganzen Stadt einen erschreckenden Eindruck gemacht. Manche Eltern beben geradezu, wenn sie an die heutige Schule denken, und sie bringen natürlich derartige traurige Fälle mit der gesamten politischen Situation in Verbindung.“

Aus Nr. 92 des Wielkopolanin
vom 22. April 1899:

An die Mittheilung, betreffend den Fall Zaeske-Pudliszki knüpft der Wielkopolanin folgende Bemerkungen:

So lautet jene traurige Nachricht. Das Kind ist angeblich zu Tode gepeitscht worden! Wir gehen nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß man dieses neue Opfer auf die Rechnung des Schulsystems zu stellen hat. Die deutsche Sprache in den Geist unserer armen Kinder hineinzuprügeln, das ist die Aufgabe der Schule. Gegen den Unterricht der deutschen Sprache hat Niemand etwas einzuwenden; wir erkennen ihren Nutzen an. Es handelt sich hier nur um die Unterrichtsmethode. Wenn der Geist des Kindes in seiner Muttersprache ausgebildet werden würde, dann würde das Kind leichter die fremde Sprache begreifen, aber in den preußischen Schulen ist hiervon nicht die Rede. Die Lehrer prügeln die deutsche Sprache mit Mitteln in das Gedächtniß der Kinder ein, welche mit der Pädagogik nichts gemein-schaftlich haben, der Lehrer wird ungeduldig, das Kind immer verwirrter, und wird aus Furcht immer stumpfsinniger und dümmer. Der Lehrer faßt dies als Starrsinn auf und es folgen darauf Züchtigungen. Der gereizte Lehrer kann leicht das Maß der Züchtigung überschreiten und die Folgen hiervon sind, wie wir sehen, häßlich. Der Lehrer kann den Anlaß zu einer Verletzung oder zum Tode des Kindes geben. Für die Eltern folgt hieraus Kummer und der Lehrer macht sich sein ganzes Leben lang schwere Vorwürfe.

Aus Nr. 49 der Gazeta Grudziadzka
vom 25. April 1899:

In Sachen des Lehrers Zaeske-Pudliszki schreibt die Gazeta Grudziadzka im Anschluß an den Bericht des Kurjer Poznański:

Dem Lehrer Zaeske, welcher, wie wir soeben erfahren, sich selbst den Händen der Gerechtigkeit gestellt hat, steht eine harte Zeit für seine begangene That bevor.

Herr Zaeske ist ein Untergebener des bekannten Schulinspektors Herrn Streich aus Gostyn, welcher den polnischen Kindern ein „freimaurerisches Gebet“ aufzulegen gebot. Die Pudliszker Schule wird fast ausschließlich von polnischen Kindern besucht, trotzdem aber ist der zweite Lehrer, Herr Zaeske, ein Lutheraner.

Vorläufig enthalten wir uns fernerer Bemerkungen. Unsere armen polnischen Kinder! Wenden wir uns an die Königin der polnischen Krone, damit sie bei ihrem Sohne die himmlische Obhut für unsere Kindlein erflehen möge!

Aus Nr. 75 des Lech
vom 1. April 1899:

Sokolverein.

Mogilno.

Am vergangenen Sonntag, den 26. März d. J., fand im Vereinslokal (in der Sophinowka) die Jahresversammlung des Turnvereins Sokol statt. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde einstimmig unser Ehrenmitglied, Prälat Wawrzyniak gewählt. Nachdem Schriftführer, Rendant und Turnwart ihre Rechenschaftsberichte verlesen hatten, wurde an die Wahl des ganzen Turnvereinsvorstandes geschritten. Der neue Vereinsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden Wl. Sigismund Rozanski, Rittergutsbesitzer auf Padniowo; stellvertr. Vorsitzender Simon Jasiubowski; dem Vorturner Joseph Strzypczak; Stellvertreter Alex. Orłowski; Schriftführer Anton Zychorski; Stellvertreter Joseph Sarecki; Rendanten Adalbert Olejniczak; Bibliothekar Joseph Mikulajski; Turnwart Joseph Nowicki; Beisitzer: Johann Kłosowski, Anastasius Wysocki und Joseph Kaszynski. Der hiesige Gauverein zählt 60 Mitglieder, in der Versammlung waren kaum 23 erschienen. Das ist traurig!

Aus Nr. 92 des Wielkopolanin
vom 22. April 1899:

Hier in unserer Heimath, in welcher die Könige von Preußen durch feierliches Gelöbniß der seit Jahrhunderten dieses Land innehabenden Bevölkerung unter Anderem Unversehrtheit der Sprache garantirt haben, hat sich ein interessantes Vorkommniß zugetragen:

Eine Firma schickte mit der Post einen Brief mit folgender Adresse ab:

Szanowny Zarząd Dóbr Czerniejewo

Schwarzenau, Bezirk Bromberg.

(An den Wohlwöbllichen Gutsvorstand Czerniejewo.)

Diesen Brief gab die Post mit folgenden Vermerk eines Postbeamten zurück:

„Unbestellbar, da die Adresse nicht in deutscher Sprache geschrieben ist.“

Unterschrift unleserlich.

Was soll man hierzu sagen?

Handelt es sich hier um die Unfähigkeit eines Beamten im Enträthseln oder um bösen Willen?

Die Post ist in allen zivilisirten Ländern eine internationale Institution und sie lasse die Hand fort von politischen Bestrebungen!

Selbst wenn dieser Brief in der Negersprache adressirt gewesen wäre, wäre es die erste Pflicht des Postbeamten gewesen, sobald er die Bedeutung der Adresse nicht zu entziffern vermochte, dieselbe nach Berlin an die Abtheilung für orientalische Sprachen zu übersenden, und dort um Entzifferung zu bitten. Hier aber war auch dies nicht einmal nothwendig, denn der erste beste Briefträger hätte die Adresse verstanden und den Brief an seine Adresse zugestellt.

Es hat also nur böser Wille die Feder des verbißenen Beamten geleitet, welcher selbst auf eigene Hand Politik treibt, die in einem Verwaltungszweige nicht zulässig ist, wie es die Post ist. Das Publikum zahlt ja deshalb Porto, damit es von den Beamten gehörig bedient werde.

Dieser verbißene Beamte hat mit vollem Bewußtsein gegen die Bestimmungen der höheren Behörden gefehlt, deren Absicht insbesondere in dem internationalen Postfache es nicht sein kann und nicht ist,

die Empfindungen der Bürger eines konstitutionellen Staats in unerhörter Weise zu verletzen.

Wir bringen dieses unerhörte Vorkommniß zur öffentlichen Kenntniß, um darzuthun, wie untergeordnete Beamte heutzutage auf eigene Faust handeln.

Aus Nr. 96 des Dziennik Kujawski
vom 27. April 1899:

Gnesen.

Den Brief, welcher, wie mitgetheilt, von der Post zurückgesandt worden ist, weil er nicht deutsch adressirt war, hatte der Brauereibesitzer Gorski aus Kawiary abgesandt. Auf die Beschwerde des Herrn Gorski an die Oberpostdirektion in Bromberg ertheilte diese eine sehr ausweichende Antwort, ohne irgend wie den Antrag des Herrn Gorski zu berücksichtigen. Bisher steht es nirgends geschrieben, daß Bestimmungen darüber existiren, nach denen polnisch nicht adressirt werden darf. Hat denn wirklich auch schon bei der Post der Chauvinismus seine Wurzeln so tief geschlagen? Wir hoffen, daß Herr Gorski diese Angelegenheit Herrn von Podbielski unterbreiten wird.

Aus Nr. 47 der Gazeta Ostrowska
vom 22. April 1899:

In eine der hiesigen Konditoreien kam ein Zuckerreisender von der deutschen Fabrik Schlesinger u. Komp. in Rattowitz, um den Konditoreibesitzer zu Bestellungen zu bewegen. In der Konditorei saßen zwei polnische Damen, von denen die eine den Dziennik Poznański, die andere die Gazeta Ostrowska las. Der Reisende, welcher auf den Prinzipal wartete, sah den Damen zu, und als er in ihren Händen polnische Zeitungen erblickte, wurde er augenscheinlich sehr ärgerlich, wie der Puter beim Anblick eines rothen Luchs und obgleich er die Damen nicht kannte, rief er, ohne gefragt oder gebeten worden zu sein, aus: „Ich weiß nicht, wie Sie polnische Zeitungen lesen können, wo nur lauter Unsim steht. Trotzdem die Provinz Posen schon solange zum deutschen Reiche gehört, wundert es mich, daß noch so viel polnisch gesprochen und gelesen wird.“

Wenn nicht der Inhaber der Konditorei, welcher diese Worte hörte, dem Frechen eine gehörige Abfertigung ertheilt hätte, hätten unsere Polinnen, an welche obengenannte Worte in erster Linie gerichtet waren, dem dümmelhaften Preußen eine schneidige Antwort gegeben.

Es ist dies ein interessantes Zeichen der Zeit, daß sogar Reisende, denen doch am Verdienst etwas gelegen sein muß, in so taktloser Weise auftreten.

Wir brauchen nicht erst hinzuzufügen, daß der Reisende ohne Bestellung wieder fortgegangen ist. Vielleicht hat er sich innerlich gesagt: „Aus Polen ist nichts zu holen.“

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Unter dem Titel „Statistik der Kasubischen Bevölkerung“ veröffentlicht Joeben der galizisch-polnische Schriftsteller Kamult ein 290 Seiten nebst einer ethnographischen Karte der Kaschubei umfassendes Werk, welches die Akademie der Wissenschaften in Krakau herausgegeben hat.

Die Vorrede, mit welcher die Akademie dieses Werk begleitet, lautet:

„Die philologische Sektion der Akademie der Wissenschaften hat den lebhaften Wunsch die Gründe mitzutheilen, welche sie zur Herausgabe des vorliegenden Werkes veranlaßt hat, um sich gegen etwaige Vorwürfe und Anträge zu verwahren, welche Jemand in ungerechtfertigter Weise aus dieser Thatsache gegen die Akademie erheben könnte.

Herr Ramult tritt in allen seinen den Kassubischen Verhältnissen gewidmeten Arbeiten als ein entschiedener Befürworter dafür auf, daß die kassubische Sprache anderen Stammes und Ursprungs sei, wie die polnische Sprache. Auch in dem vorliegenden Werke ist dieser Grundsatz in so weit durchgeführt, als die kassubische Sprache stets die Muttersprache in Kassuben genannt und der polnischen und deutschen Sprache überall gegenüber gestellt wird. Aber der Grundsatz der Sonderart der kassubischen Sprache wird von der allgemeinen Wissenschaft nicht überall anerkannt und findet auch in unserer philologischen Abtheilung entschiedene Widerstreb. Deswegen wollte die philologische Sektion dies hiermit ausdrücklich erklärt haben, und gegen die Ansicht ausdrückliche Verwahrung einlegen, als ob sie durch Herausgabe seines Werkes nun auch in diesem wissenschaftlichen Streite sich auf seine Seite stellen wolle.

Die Ansicht des Verfassers über die Sprache der Kassuben nimmt aber seinem emsig zusammengebrachten sprachlichen und statistischen Material durchaus nicht den Werth; seine Arbeiten können vielmehr ein Erhebliches beitragen zur Belebung der Forschungen auf diesem Gebiete und zur weiteren Erforschung der Wahrheit. Die philologische Abtheilung hat es deshalb für ihre Pflicht gehalten, die Publikation eines so wichtigen Materials zu erleichtern, welches bei den heutigen Bedingungen der Verleger so leicht einen anderen Herausgeber nicht gefunden hätte, und aus diesem Grunde die Veröffentlichung der vorliegenden Arbeit des Herrn Ramult in die Wege geleitet.

Krakau, im Januar 1899.

A. Morawski. S. Tretjak.

Hiernach steht auch ein so eifriger Forscher und Nationalpole wie Herr Ramult, auf dem Standpunkt, der von den maßgebenden Deutschen in Westpreußen stets behauptet, von den Polen, namentlich polnischen Geistlichen daselbst aber im großpolnischen Interesse ebenso ungestüm bestritten wird, daß das Kassubische nicht ein Idiom des Polnischen, sondern eine nach Herkunft und Abstammung gesonderte Sprache sei.

Der Inhalt des Buches ist in vielfacher Beziehung interessant. Namentlich ist in demselben eine genaue Statistik der Bevölkerungsverhältnisse nach größtentheils polnischen Quellen aufgemacht, in welcher die Kassuben gesondert von den Polen aufgeführt werden.

Auf den Inhalt des Buches soll, sobald dem Herausgeber des Gesamtüberblicks die hierzu notwendige Zeit übrig bleiben wird, noch einmal zurückgekommen werden.

Aus Nr. 59 der Gazeta Grudziadzka vom 25. April 1899:

Die Parochial-Versammlung in der Angelegenheit des polnischen Gottesdienstes in Graudenz wurde durch Herrn Kulerski um 5 Uhr eröffnet.

Die Versammlung wählte den genannten Herrn zum Vorsitzenden. Derselbe ernannte den Herrn Johann Marchlewski zum Schriftführer, die Herren Majerski, Piontek, Reiß, Turski und Golcembinski zu Beisitzern.

In längerer Rede sprach Herr Kulerski über die gottesdienstlichen Einrichtungen. Am Ende seiner Ausführungen erinnerte der Redner an die niederträchtige Komödie, welche die Deutschkatholiken durch die an den Kanonikus Kunert abgefaßte Petition in Szene setzen.

Ueber den Hauptinhalt dieser Petition führte Herr J. Marchlewski etwa Folgendes aus:

1) Bei dem Streben um Erlangung der Vermehrung der Maiandachten haben die Polen mehr das politische Interesse im Auge, als die Ehrung Gottes.

2) Zu den polnischen Maiandachten erscheinen an den Sonntagen nur sehr wenige Polen, so daß zur Vermehrung der Gottesdienste kein Grund vorliegt.

3) In Anbetracht des Zahlenverhältnisses der Deutschkatholiken zu den Polen, gebührte es sich, die deutschen Andachten in Graudenz zu vermehren.

Herr Kulerski betonte schließlich, daß die Polen in Graudenz, geschehe was da wolle, nicht rufen würden: „Los von Rom“ (sagen wir uns los von Rom), vielmehr würden sie im äußersten Falle rufen: „Wir gehen nach Rom, denn dort ist der heilige Vater, welcher die Polen liebt und der uns Gerechtigkeit wird zukommen lassen.“

Das Wort ergriffen ferner noch die Herren Viktor und Johann Marchlewski, Kowalski, Turski, Jordan und Andere. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Graudenz, den 23. 4. 99.

Hochwürdigste Geistliche Behörde!

Die am heutigen Tage zusammengetretenen polnischen Parochianen von Graudenz nahen sich Hochwürdigster Geistlicher Behörde mit der demüthigen Bitte, dieselbe wolle unsere am 5. März des Jahres 1898 vorgetragene Petition (welche mit 1200 Unterschriften gezeichnet war — Red.) noch einmal einer Prüfung würdigen und alsdann veranlassen, daß der Hauptgottesdienst für die polnischen Parochianen an Sonn- und Festtagen um 10 Uhr, und daß die Maiandachten für die Polen besonders und außer wie bisher an Sonntagen auch noch an drei Tagen in der Woche abgehalten werden sollen.

Hierauf wurde eine Deputation gewählt, welcher die Aufgabe gestellt ist, nach Pöplin zu fahren, um der geistlichen Behörde die durch die Versammelten unterzeichnete Resolution einzuhandigen und dabei mit Bezug auf die in Graudenz herrschenden kirchlichen Verhältnisse Erläuterung zu geben. Die Deputation setzt sich zusammen aus den Herren Piontek, Cholewicz, Johann und Viktor Marchlewski und Kulerski. Nach Wahl der Deputation wurde vom Vorsitzenden die Versammlung, welche von mehr als 200 Personen besucht war, geschlossen.

Aus Nr. 48 der Gazeta Grudziadzka vom 22. April 1899:

Auf welche Weise verringert sich immer mehr die Zahl der Kinder der polnischen Beichtunterrichtsabtheilung?

Wer Augen hat, zu sehen, der muß wahrnehmen, daß die Zahl der Polen in Graudenz seit einigen Jahren bedeutend gestiegen ist und daß sie noch steigt.

Darüber lamentiren aber die weltlichen Behörden, und ein gewisser höherer Polizeibeamter hat einst ausdrücklich gesagt, daß er, als ihm vor etwa 20 Jahren amtlich aufgegeben worden sei, festzustellen, wie viel Polen es eigentlich in Graudenz gebe, in der ganzen Stadt nur ein altes Weib gefunden habe, die es vorzog, polnisch statt deutsch zu sprechen, heut dagegen hätten sich die Verhältnisse ganz und gar geändert. Und in der That ist die Zahl der Polen insbesondere in den letzten Jahren bis auf mehrere Tausend angewachsen, so daß die Polen in der Graudenz'er katholischen Pfarodie fast vier Fünftel der Seelenzahl ausmachen.

Eigenthümlich ist es, daß der Verwalter unsrer Pfarodie, Herr Kanonikus Kunert das amtlich nicht zugeben will, obgleich sämmtliche Sperlinge auf dem Dache bereits davon zwitschern. Noch mehr zu verwundern ist, daß sich der Herr Kanonikus Kunert in seinen über die hiesigen Verhältnisse an die geistliche Behörde erstatteten Berichten auf die Zahl derjenigen Kinder stützen kann, welche die polnische Beichtunterrichtsabtheilung besuchen, und daß er behaupten kann, die kleine Zahl dieser Kinder lege im Gegentheil Zeugniß dafür ab, daß die Polen in der Graudenz'er Pfarodie in der Minderheit seien; denn der Herr Kanonikus Kunert müßte doch wissen, weshalb die Zahl dieser Kinder eine so kleine ist. Ist sie vielleicht darum so klein, weil die Kinder polnischer Eltern sich in Graudenz so schnell germanisiren? O, auch das pflegt vorzukommen; denn viele Eltern erfüllen gegenüber den Kindern und gegenüber der Muttersprache ihre Pflicht nicht, wie es sich gehört. Das kommt jedoch heut weit seltener vor als früher. Doch giebt es noch Gründe anderer Natur, und zwar nachstehende:

- 1) Zunächst sorgt die Schule sehr dafür, daß der polnischen Beichtunterrichtsabtheilung so wenig Kinder als möglich beitreten. Das ist nun nicht schwer zu erreichen, wenn man erwägt, daß die polnischen und die deutschen Kinder nicht um dieselbe Zeit vom Unterricht befreit zu werden pflegen, um den Beichtunterricht zu besuchen. Darum kennt die Schule jedes Kind, das die polnische Abtheilung besucht, und sie sucht zu bewirken, daß es in die deutsche Abtheilung eintrete.
- 2) Der Schule kommen die Brotgeber zu Hilfe, ja, sogar die Behörden, die, wenn sie erfahren haben, daß das Kind eines Arbeiters die polnische Abtheilung besuche, den Vater bewegen, es in die deutsche Abtheilung zu schicken. In einem bestimmten uns bekannten Falle hat sogar ein gewisser Arbeiter deshalb sein Brot verloren, weil er sein Kind in die polnische Abtheilung schickte.
- 3) Endlich sorgen die Deutschkatholiken überhaupt sehr dafür, daß die polnischen Eltern ihre Kinder in die deutschen Beichtunterrichtsabtheilungen schicken. Es ist z. B. folgender Fall vorgekommen: Eine gewisse Person, die in der hiesigen Pfarrei bedeutenden Einfluß hat, bewog eine Frau, ihr Kind aus der polnischen Abtheilung zu nehmen, wobei der Frau gedroht wurde, es werde ihr keine Hilfe mehr gewährt werden, falls sie ihr Kind noch fernerhin in die polnische Abtheilung schicken werde. Wir können im vorliegenden Falle mit beiden Namen, auch mit denjenigen von Zeugen dienen, welche bereit sind, dies eidlich zu erhärten.

Kein Wunder also, daß die Zahl der die polnische Abtheilung besuchenden Kinder abnimmt. Es ist aber wunderbar, daß der Herr Kanonikus Kunert aus der verhältnißmäßig kleinen Zahl der der pol-

nischen Abtheilung angehörenden Kinder auf die Zahl seiner polnischen Pfarochianen schließt.

Auf weitere Details des Bescheides der geistlichen Behörde werden wir später noch zurückkommen.

Aus Nr. 47 der Gazeta Gdańska
vom 20. April 1899:

Was soll das bedeuten?

Graudenz, den 18. April.

Zufällig erfuhr ich gestern, daß eine unter den Deutschkatholiken mir wohlbekannte Person heimlich Unterschriften für eine Petition an den hiesigen Pfarrer betreffs der Maiandachten sammelt. Ich weiß allerdings nicht, aus welchem Grunde dies geschieht, denn, falls es die Nothwendigkeit erheischen sollte, in dieser Angelegenheit noch einmal eine Petition nach Pöplin zu senden, so würde dies vor Allen den Polen zukommen, nicht aber den Deutschen.

Die Maiandacht wird bei uns, ausgenommen an Sonntagen, nur deutsch abgehalten. Die bisherigen Petitionen der polnischen Pfarochianen, um einen Ausgleich herbeizuführen, hatten bisher noch keinerlei Erfolg.

Ich frage nun jeden unparteiischen Menschen, welchen Zweck kann eine Petition haben, in welcher der Inhalt der hier drei folgenden Abschnitte gegeben wird:

- 1) Bei dem Streben um Vermehrung der Maiandachten haben die Polen mehr das politische Interesse im Auge als die Anbetung Gottes.
- 2) Zu den polnischen sonntäglichen Maiandachten erscheinen so wenig Polen, daß deshalb ein Grund zur Vermehrung derselben nicht vorliegt.
- 3) Angesichts des Zahlenverhältnisses der Deutschkatholiken gegenüber den katholischen Polen, wäre es angebracht, die deutschen Gottesdienste in Graudenz zu vermehren.

Charakteristisch ist namentlich der Inhalt des zweiten Abschnittes jener Petition, in welcher die mir bekannten Hersteller derselben die Vermehrung der Maiandachten zu Gunsten der Polen wittern und deshalb nicht scheuen, sich der Lüge zu bedienen. Vor allem ist es eine falsche Thatfache, daß die Deutschkatholiken in unserer Kirchengemeinde die Mehrzahl bilden. Der hierfür treffendste Beweis ist der, daß sowohl der Kirchenvorstand, wie auch die Repräsentation der Kirche fast ausschließlich aus Polen besteht. Unter 24 Gliedern der Repräsentation befinden sich nur 3 Deutschkatholiken; dieselben sind aber nur um der Eintracht willen von den Polen gewählt worden.

Wo waren denn die geehrten Redakteure der deutschkatholischen Petition zur Zeit der kirchlichen Wahlen mit ihrer deutschen Mehrheit? Warum haben sie zu der Zeit, als sich ihnen so gute Gelegenheit bot, ihre Uebermacht nicht beweisen können? Mit leeren Phrasen allein ist noch nichts begründet. Nur Thatfachen beweisen; allein diese besagen etwas anderes, als die betreffende Petition behauptet.

Betrachten wir uns unsere kirchlichen Verhältnisse in unserer Pfarodie einmal genauer. Für die in unserer Stadt wohnende Minderheit der Deutschkatholiken wird der Gottesdienst am Sonntage um 10 Uhr mit darauffolgender Predigt abgehalten; für die Polen dagegen, welche wenigstens dreimal so stark vertreten sind als die Deutschen und welche zerstreut in den Dörfern und Vorstädten wohnen, fängt der Gottesdienst um 8 Uhr Morgens an.

Ich frage nun jeden unparteiischen Menschen, ob es denn wohl dem kleinen Landmanne, welcher seine Besorgung eigenhändig zu besorgen hat, oder dem

dienenden Arbeiter möglich ist, von einem 1 Meile von der Stadt Graudenz entlegenen Dorfe schon früh um 8 Uhr zur Andacht zu erscheinen, besonders aber zur Winterszeit!

Es gehörte sich wohl, daß die Wünsche der katholischen Polen nicht nur bezüglich der Maiandachten bei dem Bischofe Berücksichtigung fänden, sondern daß auch die polnische Sonntagsandacht von 8 Uhr auf 10 Uhr Morgens verlegt werden würde.

Der größte Theil der deutschen Katholiken stellt sich ohnedies zu den polnischen Andachten um 8 Uhr Morgens ein und stört die Andächtigen, indem er den Platz auf dem Chore einnimmt, sobald der Pfarrer die Kanzel besteigt. Eine diesbezügliche Aenderung wäre im Interesse unserer Kirche schon insofern erwünscht, als diese Leute dem polnischen Gottesdienste gleichgültig gegenüberstehen. Viele Familien mit polnischen Namen in Graudenz, Torgau und Neudorf, deren Großeltern und Eltern noch Katholiken waren, sind der beste Beweis für die religiöse Gleichgültigkeit.

Endlich muß ich mich gegen den ungerechtfertigten Vorwurf, welcher den Polen gemacht wird, weil sie sich aus politischen Gründen um die polnischen Maiandachten kümmern, verwahren.

Es ist mir wohl bewußt, was für Leute diese Petition verfaßt haben, deshalb versichere ich, daß wir weder eine Aussicht auf Orden noch eine solche auf eine Gratifikation haben, die aber auf gewisse Persönlichkeiten einen so großen Reiz ausüben. Das kann ich diesen Herren versichern, daß wir unserer heiligen katholischen Religion, wie dies die Deutschkatholiken Wolf, Tro, Schönerer u. a. in Oesterreich thun, wenn man uns auch noch so sehr verfolgen sollte, niemals untreu werden würden. Den Ruf „Los von Rom“ kannten unsere Väter nicht, auch wir wollen ihn nicht kennen!

Die Kundgebung jener Petition hat hier große Erbitterung hervorgerufen. Möge sich deshalb Niemand wundern, wenn die Kluft zwischen den polnischen und deutschen Katholiken ein immer größeres Maas annimmt. Die Verantwortung hierfür müssen diejenigen übernehmen, welche in kirchlichen Angelegenheiten die Polen zu Katholiken zweiten Grades zu degradiren beabsichtigen.

Eine Lüge, ist es, daß die Polen nicht so zahlreich zur Kirche gehen. Wenn es hier keine Polen gäbe, so würde vielleicht unsere Kirche oft öde aussehen.

Aus Nr. 48 der Gazeta Grudziadzka
vom 22. April 1899:

Aus dem Kreise Löbau.

In Neumark will man mit Gewalt die Simultanschule einführen. Sowohl der katholische Propst als auch der lutherische Pastor widersetzen sich mit allen Kräften dieser Absicht. Hauptsächlich sucht jedoch der katholische Direktor des hiesigen Gymnasiums, Herr Wilberg, das Projekt der Einführung der Simultanschule durchzuführen. Herr Wilberg ist aus Dortmund in Westfalen zu uns versetzt worden. Die Katholiken in Dortmund werden sich ohne Zweifel wundern, wenn sie hören, daß Herr Wilberg ein so fanatischer Anhänger der Simultanschule ist, welche doch von der katholischen Kirche verurtheilt wird. Infolge dieses Verhaltens des Herrn Direktors wird nur das Neumark'sche Gymnasium Schaden davontragen; denn die katholischen Eltern des Kreises würden es doch in diesem Falle vorziehen, ihre Söhne dem Löbauer Gymnasium anzuvertrauen, wo der Direktor zwar evangelisch, jedoch den Katholiken gegenüber gerecht ist.

Aus Nr. 48 der Gazeta Grudziadzka
vom 22. April 1899:

Graudenz.

So eine verfluchte Blase!

Das sind die Worte, die ein Bote des hiesigen Gerichts, der am Donnerstag den Angehörigen unserer Druckerei wiederum ein ganzes Packet Vorladungen zu gerichtlichen Terminen gebracht hatte, beim Weggehen gebrauchte, wahrscheinlich an Stelle des sonst üblichen „Lebt wohl!“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 30 der Gazeta Opolska
vom 14. April 1899:

Herr Kultusminister

gab auf die Bittschrift der obereschlesischen Geistlichkeit eine abschlägige Antwort. Das bisherige System wird daher in nichts geändert. Die Geistlichkeit hat mit ihrer Eingabe nicht nur nichts erreicht, sondern mußte obendrein vom Herrn Minister noch die Ansicht vernehmen, daß die günstigsten Erfolge des Religionsunterrichts dort zu verzeichnen seien, wo die Geistlichen willig und verständig die Bestrebungen der Schulverwaltung unterstützen. Der Herr Minister ist daher der Ansicht, daß die Angaben der Geistlichkeit in ihrer Eingabe nicht zutreffen, ja, daß es sogar solche Geistlichen giebt, die sich dem Schulsystem gegenüber unwillig und unvernünftig verhalten. So muß zweifellos aus der Antwort des Herrn Ministers gefolgert werden. Trotzdem also die ganze Geistlichkeit sich für die Muttersprache erklärten und in überzeugender und anerkannter Weise nachgewiesen hat, wie große Unzuträglichkeiten und Gefahren das jetzige Unterrichtssystem enthält, blieb Alles erfolglos, ja die Antwort des Herrn Ministers wurde in der Weise begründet, wie es weder die Geistlichkeit noch die Laien haben erwarten können. Die Antwort des Herrn Ministers ist geradezu eine Ablehnung alles dessen, was die loyale obereschlesische Geistlichkeit auf Grund ihrer persönlichen, langjährigen Erfahrung als eine nach ihrer Ueberzeugung unwiderlegliche Thatsache angegeben hat.

Möge das Volk daraus die Lehre ziehen, daß es für seine Muttersprache keine andere Rettung giebt, als nur im eigenen Hause, in der eigenen Familie. Hier müssen wir unsere Sprache pflegen, hier müssen wir darauf achten, daß die Kinder nicht germanisirt werden, hier müssen wir polnische Bücher und Schriften lesen und unsere Sprache wird nicht untergehen und sich nicht in ein Kauderwelsch verwandeln, sondern wird echt polnisch bleiben, wie sie es war und noch ist. Lehren wir die Kinder polnisch lesen und schreiben.

Aus Nr. 18 der Nowiny Raciborskie
vom 18. April 1899:

Ein neuer Einfall der H.-K.-Listen.

Die H.-K.-Listen zerbrechen sich immermehr den Kopf darüber, wie sie am erfolgreichsten die polnische Sprache aus allen Gebieten des öffentlichen und sogar des Privatlebens verdrängen und die Rechte der Polen schmälern können. Zu diesem Zwecke schieben

sie der Regierung fortwährend neue Pläne und Gedanken unter und werfen sich ihr zu Führern auf. Ihr neuester Vorschlag ist die Aufhebung der amtlichen Gerichtsdolmetscher; Veranlassung gab ihnen dazu die Rücksicht auf das neue Bürgerliche Gesetz, welches bekanntlich mit dem 1. Januar 1900 im ganzen deutschen Reiche Gesetzeskraft erhält. In dem Gesetz ist die Vorschrift enthalten, daß bei den Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, d. h. bei Aufnahme von Verträgen, Vereinbarungen, Testamenten u. s. w. der Richter oder Notar einen Dolmetscher hinzuziehen müsse, wenn die Partei erklärt, daß sie der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sei. Diese Bestimmung unterscheidet sich also sehr von der Vorschrift des Strafgesetzes, welches nur dann einen Dolmetscher zuläßt, wenn der Richter selbst die Ueberzeugung gewinnt, daß der Beklagte oder der Zeuge nicht deutsch versteht oder der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist. Bei Strafprozessen kommt es oft vor, daß, wenn der Richter in Betreff der Kenntniß der deutschen Sprache seitens eines Betheiligten einer anderen Ansicht ist, als dieser, er die Hinzuziehung eines Dolmetschers abweist, und der Zeuge, der nicht deutsch aussagen will, große Unannehmlichkeiten hat, ja sogar ins Gefängniß wandern kann. Mit Recht ist daher in das neue Gesetz eine andere Bestimmung aufgenommen worden. Dies gerade reizt und beunruhigt die H.-R.-Listen. Sie wendeten sich daher an den Justizminister mit einer Eingabe, in welcher sie die Beseitigung der amtlichen Dolmetscher verlangen, von der Voraussetzung ausgehend, daß bei der für das Deutschthum feindlichen Haltung der fremden Grenzbevölkerung die Folge des neuen Gesetzes die sein müsse, daß die deutsche Sprache noch mehr, wie bis jetzt, verdrängt werde. Nach längeren unsinnigen und haßerfüllten Ausführungen empfehlen die H.-R.-Listen, an Stelle der amtlichen Dolmetscher sich zu diesem Zwecke vereideter Privatpersonen zu bedienen. Dies würde — ihrer Ansicht nach — von doppeltem Vortheil sein; erstens brauchte man keine so große Anzahl polnischer Beamter gerade in der Gegend anzustellen, in welcher jeder Beamte das Deutschthum fördern soll. Die Gerichte würden in den Ostmarken die polnischen Beamten loswerden, deren Bedeutung und Einfluß auf die Bevölkerung nicht zu unterschätzen ist und die zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken nichts thun können und auch nichts thun wollen.

Dies ist der Inhalt des hafatistischen Vorschlages. Er richtet sich nicht nur gegen die Dolmetscher, sondern auch gegen die überhaupt nur noch spärlich vorhandenen polnischen Beamten. In dieser und in jener Beziehung enthält er eine große Ungerechtigkeit.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 46 des Wiarus Polski
vom 18. April 1899:

Belpke in Braunschweig.

Jahresbericht über die Thätigkeit des St. Josef-Vereins zu Belpke.

Der Verein zählte am 20. März v. Js. 36 Mitglieder, im Laufe des Jahres traten ihm 19 bei, ausgeschlossen wurde ein Mitglied, gestorben sind 3, wegen Arbeitsveränderung ausgetreten und in die Heimath zurückgereist sind 18, es verbleiben demnach für das laufende Jahr 42 Mitglieder. Der Verein hielt im Laufe des Jahres 12 ordentliche, 4 außer-

ordentliche und 4 Vorstandssitzungen ab. Die Einnahme betrug im verfloffenen Jahre 128,50 Mk., die Ausgabe 99,75 Mk., es verbleiben demnach in der Kasse 127 Mk. Mit der Fahne trat der Verein vier Mal auf. Einen polnischen Geistlichen hatten wir nur einmal. Heilige Messen ließ der Verein drei lesen. Von Zeitungen abonniert er den Wiarus Polski und die Gazeta Ostrowska. Aus freiwilligen Beiträgen schaffte der Verein ein Ornat an, welches 80 Mk. kostete.

In den Vorstand für das folgende Jahr wurden folgende Herren gewählt: A. Andrzejewski als Vorsitzender, A. Pawlak als Stellvertreter, Bielarski als Schriftführer, B. Warsla als sein Stellvertreter, B. Bolin als Kassirer, J. Przymiczny als sein Stellvertreter, P. Semrau und J. Witkiewicz als Revisoren, J. Kosik als Fahnenträger, M. Szczepaniak als sein Stellvertreter, J. Kowalewski und A. Rubicki als Fahnenjunker, W. Rubicki als Ordner.

A. Andrzejewski, Vorsitzender.

Aus Nr. 94 des Wielkopolanin
vom 25. April 1899:

Die Polen in der Fremde!

Jahresbericht des polnisch-katholischen Vereins „Sobieski“ in Blumenthal für die Zeit vom 24. April 1898 bis 9. April 1899.

In allen Sitzungen führte der Vorsitzende, Herr W. Hadrian den Vorsitz. Alle Sitzungen wurden mit einem polnischen Liede begonnen. Es wurden in ihnen Vereinsangelegenheiten erörtert, Evangelien vorgelesen und Gesangsübungen veranstaltet. Der Verein hat es Herrn St. Karwacki zu verdanken, daß er unsere Jugend im Gesange ausgebildet hat. In der 10. Versammlung besuchte uns auch ein polnischer Geistlicher, welcher drei Stunden lang bei uns verweilte, uns im Glauben bestärkte und am Schluß eine schöne Rede hielt. Den 12. September veranstaltete der Verein ein Abendvergnügen, um das Jahresfest des Sieges Johann III. bei Wien zu feiern. Wir versammelten uns Abends gegen 8 Uhr. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende. Hierauf hielt er eine schöne Rede, wobei er der Tapferkeit Johann III. gedachte und ein Lebensbild von ihm entwarf. Wir erhielten ein Gratulations-schreiben von unserm Landsmann Augustin Rossa aus Grohne. Am Tage der Generalversammlung wurde eine heilige Messe für das Wohlergehen des Vereins gelesen. Der Verein besitzt eine Fahne mit Zubehör, eine aus 90 Büchern bestehende Bibliothek und ein dickes Buch „Lebensbilder von Heiligen“ und zwei Bilder, ebenso als Vereinseigenthum eine Trommel und zwei Flöten. Der Verein abonniert von Zeitungen den Wiarus Polski und den Wielkopolanin. Er besitzt ein Vermögen von 131,95 Mk. Wir laden die Landsleute von Blumenthal hiernit ein, immer zahlreicher unsern Verein beizutreten. In den Vorstand für das laufende Jahr treten folgende Mitglieder ein: W. Hadrian als Vorsitzender, P. Zaremba als sein Stellvertreter, J. Haluszek als Schriftführer, J. Czempik als sein Stellvertreter, Szymanski als Kassirer, J. Winiemiec als dessen Stellvertreter, Br. Machnik als Bibliothekar, J. Winiemiec als sein Stellvertreter, St. Przymiczny als Fahnenträger, P. Kurka und J. Kraska als Fahnenjunker, St. Binel und A. Lidowski als Revisoren.

W. Hadrian, Fr. Haluszek,
Vorsitzender. Schriftführer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 14 der Gazeta Robotnicza
vom 8. April 1899:

Aus Posen.

Ich bin Abonnent der Gazeta Robotnicza vom Anfang ihres Bestehens an, ich habe oft in ihr Beschwerden der Arbeiter wegen der ungeheuren Ausbeutung der Arbeiterkräfte und der unmenschlichen Behandlung seitens der Arbeitgeber und Kapitalisten gelesen. Und es ist wirklich fürchterlich, wenn wir nicht nur lesen, sondern auch sehen, wie die Eltern und sogar die Kinder Hunger leiden müssen, trotzdem der Vater in Schweiß seines Angesichts schwer arbeitet, um nur etwas zu verdienen. Schon einmal schrieb die Gazeta Robotnicza von der schweren Lage der Arbeiter in den Posener Eisenbahnwerkstätten. Seitdem hat sich Vieles hier geändert, doch nicht zu Gunsten der Arbeiter, sondern nur der Beamten, namentlich der höheren. Unsere Arbeit dauert zehn Stunden täglich, für die wir verschieden bezahlt werden: Die jüngsten Arbeiter erhalten 16 Pf. für die Stunde! Nach fünfjähriger Arbeit erhalten sie 20, nach zehnjähriger Arbeit 21 und nach 15 Jahren 22 Pf. (Dies bezieht sich auf die Nichtfacharbeiter.) Zu den vorerwähnten Lohnsätzen tritt manchmal noch ein Verdienst für die Akkordarbeit hinzu; die letztere bestimmen die sogenannten Vorarbeiter, welche später Meister werden. Diese üben eine schriftliche Lohnkontrolle über uns aus und lassen uns nach ihrem Belieben verdienen, d. h. sie bestimmen den Prozentsatz von unserm Lohn. Ueber diese Herren giebt es keine Kontrolle, sie können uns deshalb behandeln, wie es ihnen beliebt. Das Schlimmste dabei ist das, daß wir so lange, wie wir unsern Lohn nicht in der Hand haben, nicht wissen, wie viel diese Herren uns in ihrer Gnade werden verdienen lassen. (Dafür können nicht die Vorarbeiter, auch nicht die Beamten, sondern die Schuld trifft die Arbeiter selbst. Welcher zielbewußte und organisierte Arbeiter in der Welt wird 14 Tage lang arbeiten, ohne zu wissen wofür? Nach dem Preise zu fragen und einen entsprechenden Lohn oder Akkord zu verlangen, ist die moralische Pflicht eines jeden Arbeiters, sich dagegen auf die Gnade der Herren zu verlassen, ist ein Vergehen gegen die ganze Arbeiterklasse und gegen die eigene Familie. Redaktion.)

Wenn wir unsern Verdienst nach Hause bringen, dann weinen und klagen unsere Frauen, weil sie nicht wissen, ob sie ihn zur Miete verwenden sollen, die in den Posener Kellern ziemlich theuer ist, oder zu Brennmaterial, Wäsche, Licht, zu Nahrungsmitteln, Kleidern, zur Fußbekleidung für sich und die Kinder, deren manche Arbeiter acht und mehr haben. Aus dem Obigen werden die geehrten Leser die Lage der Familien in den königlichen Eisenbahnwerkstätten in Posen beurtheilen können. Dieses Loos haben sie ihrer großen Unkenntniß und dem sich daraus ergebenden Mangel an Solidarität zu verdanken. Am widerwärtigsten ist das, daß die Handwerker sich für etwas Besseres halten, als die Handarbeiter. Die Handwerker unterliegen demselben Schicksal und derselben Ausbeutung, wie die Arbeiter, anstatt aber ihre Menschenrechte zu verlangen, beklagen sie sich oftmals bei ihrem Meister darüber, daß der Arbeiter ebensoviel verdiene, wie sie, obwohl er nicht Facharbeiter sei. Die Folge dieser Beschwerden ist die, daß der Meister dem Beschwerdeführer nichts zulegt, dem Arbeiter aber Abzüge macht. Nach dem Grundsatz der Sozialreformen haben wir in unserer Werkstatt einen Arbeiterausschuß, dessen Aufgabe es ist, Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen und sie der höheren Instanz vorzulegen. Bei uns bildet die

höhere Instanz der Regierungsbaumeister Lehmann. In Folge der sich immer schwieriger gestaltenden Lage sammelten die Arbeiter über 20 Unterschriften, händigten sie dem Arbeiterausschuß ein, welcher sie wiederum Herrn Lehmann mit der Bitte um Berücksichtigung der Arbeiter und um Verbesserung ihres Looses überreichte. Die Antwort darauf lautete: „Das gehöre nicht zum Ausschuß, sondern zum Meister; die Arbeiter müßten mit ihren Forderungen bei dem Meister vorstellig werden. Uebriqens hätten zu Viele unterschrieben und nun möge Jeder an seine Arbeit gehen.“ Daraus ersehen wir, daß die amtliche Sozialreform mit den Arbeiterausschüssen nur eine Maske für die Dummen ist, die in der Wirklichkeit keine Bedeutung hat, denn wenn der Ausschuß entschieden bei seinen Forderungen bleibt, kann er ebenso gut auf das Pflaster gesetzt werden, wie jeder andere Arbeiter.

Enttäuscht wendeten sich jetzt die Arbeiter an ihren Meister Swück, überreichten ihm eine Liste mit 19 Unterschriften, die er der Oberinstanz vorlegte, worauf Folgendes geschah: Am 6. März ließ der Herr Regierungsrath Lehmann alle Unterschriebenen nach seinem Amtszimmer bestellen, wo außer ihm anwesend waren: der Werkmeister Swück, die beiden Vorarbeiter, der Werkmeister-Aspirant und der Ingenieur. Die erste Frage an die erschienenen Arbeiter war: „Wer hat das Bittgesuch geschrieben?“ Nach längerem Zögern trat ein Arbeiter vor und erklärte, er habe es geschrieben. Herr Lehmann stellt an ihn weiter die Frage: „Wie viel möchten Sie jährlich verdienen, um auszukommen?“ der Arbeiter erwidert: „800 bis 900 Mark.“ Lehmann: „Das ist zu viel, 700 bis 800 Mark genügen vollständig für einen gewöhnlichen Arbeiter; ich komme öfters mit Posener Fabrikbesitzern zusammen, die bewundern uns, daß wir den Eisenbahn-Werkstättenarbeitern so viel zu verdienen geben. Geht jetzt an. Eure Beschäftigung, oder wenn Ihr wollet, höret auf zu arbeiten, morgen bekommen wir für einen Jeden von Euch sechs Andere.“ (Die letzten Worte des Herrn Regierungsraths an die Arbeiter, die der Berichterstatter uns mittheilte, können wir aus bekannten Gründen nicht wiedergeben. Red.)

Dies Ergebnis erreichten die Arbeiter auf ihre Eingabe. Sie sind nicht organisiert, viele von ihnen sind nicht einmal Sozialdemokraten, sie haben deshalb Niemanden hinter sich um ihren gerechten und so beschiedenen Forderungen durch eine Arbeitseinstellung Nachdruck zu verschaffen, sie kehrten deshalb an ihre alte Arbeit, an ihr altes Loos, zu ihrem Hunger zurück — zum Hunger, sage ich, denn 16 Pf. für die Stunde reichen für die Familie zu Kartoffeln und für den Vater zu Schnaps. Herr Lehmann brüstete sich wiederholt damit, seine Eisenbahnarbeiter verdienen 40 bis 45 Mark auf den halben Monat. Ja, das sind aber Ausnahmen, Herr Rath! Nur bei der Waggonarbeit und in den Drechslerwerkstätten kommt es vor, daß von den 65 sogenannten Hilfsarbeitern einige den obigen Betrag verdienen. Dies ist aber die alte Logik der Herren, daß sie diesen oder jenen Arbeiter mehr verdienen lassen, um vor der Welt sagen zu können: Sehet, bei uns verdienen die Arbeiter 45 Mark im halben Monat! (Und auch dies noch ist ein Verdienst für alte Weiber, wenn wir in Betracht ziehen, daß die Lebensmittel und die Mieten in Posen theurer und schlechter sind, als in Berlin. Redaktion.)

Noch ein kleines Bild: Einige höhere Eisenbahnbeamte gründeten hier auf Wunsch des Herrn Präsidenten einen sogenannten Eisenbahnverein und zwar zu dem Zwecke, um die Arbeiter von ihrem eigenen Arbeiterinteresse abzulenken und sie mit herrschaftlichen Sachen zu beschäftigen. — Herr Regierungsrath Lehmann ist vom 1. April ab nach Königsberg versetzt worden.

... Und nun noch ein Bild, welches die Lage der Posener Eisenbahnarbeiter charakterisirt: Herr Bureauvorsteher Karpinski ließ vor einigen Tagen den Arbeiter Sachmann kommen und fragte ihn, wie das käme, daß hier so viele Briefe von Kaufleuten und Krämern einliefen, die sich darüber beschwerten, daß Sachmann ihnen für Lebensmittel schuldig sei und nicht gleich zahlte? „Ich möchte keine Schulden machen, wenn ich so viel verdiente, daß ich mit meiner Familie auskommen könnte.“ — Herr Karpinski: „Ihr seid ja doch ein Lohnarbeiter und verdient tüchtig, wenn solche Briefe noch einmal einlaufen, werden wir Euch entlassen müssen.“ Sachmann: „Ich bedauere, nicht gewußt zu haben, weshalb ich gerufen worden bin, ich hätte die Lohnzetteln mitgebracht. Soviel ich mich entsinne, betrug mein höchster Lohn 62 Mark monatlich und auch hierfür läßt sich in Posen mit einer aus acht Köpfen bestehenden Familie sehr schwer auskommen. Der Anzug, den ich an habe, ist mein Sonn- und Wochentagsanzug. Meine Kinder würden halbnackt umherlaufen, wenn nicht der Schutzmann Thiele in Wilba sich erbarmt und ihnen etwas alte Sachen, die seine Kinder abgelegt haben, geschenkt hätte. Die Pantoffel, welche ich an habe, hat mir ebenfalls ein besser bezahlter Arbeiter geschenkt, sonst müßte ich barfuß gehen. Ich will meine Schulden gerne bezahlen, sollten sie mir jedoch in Abzug gebracht werden, so müßte ich meine Kinder an die Wirthse führen und ertränken, denn ich könnte es nicht überwinden, sie hungern zu sehen.“

Nachdem noch einige Worte mit Herrn Karpinski gewechselt worden waren, kehrte p. Sachmann an seine Arbeit zurück. Zwei Tage später wiederholte sich dieselbe Geschichte vor dem Werkmeister Herrn Cwüch. Als dieser ihm für den Fall, daß solche Mahnbriefe von den Kaufleuten sich wiederholen sollten, mit Arbeitsentlassung drohte, antwortete Sachmann: „Ich kann nicht dafür, ich bin hier dreimal Invalide geworden und jetzt wollen Sie mich mit Entlassung dafür belohnen.“ Darauf antwortete der Werkmeister: „Da könnt Ihr Euch pensioniren lassen.“

Dies ist die Lage der Eisenbahnarbeiter. Die Konservativen schreien indeß im Landtage, daß es uns gut gehe und wir an Sozialdemokratie gar nicht dächten — höchstens die Verblendeten könnten daran glauben — das Verbot, polnisch zu sprechen, besteht hier ebenfalls, höchstens der dümmste Sklave nähme kein Vergerniß daran und strebte nicht zur Sozialdemokratie, die ihm völlige Freiheit sichert. Die geehrte Redaktion ersuche ich um Aufnahme dieses Schreibens, denn die Bourgeoisblätter würden dies nicht thun. Ein andermal mehr.

Y.

(Wir bitten den Genossen Y., die Lage der Arbeiter und ihre Beschwerden gegen Andere weiter zu schildern, umsomehr, als die Eisenbahnen Millionen von Mark für den Staatschatz abwerfen, während man sich nicht schämt, dem Arbeiter 16 Pf. für die Stunde an einem so theuren Ort wie Posen zu zahlen. Redaktion.)

Aus Nr. 17 der Gazeta Robotnicza
vom 29. April 1899:

Aus Posen.

Die Maifeier.

Am Sonntag, den 30. April, Nachmittags 3 Uhr: Auszug nach dem „Eichwalde“, nach St. Domingo; dortselbst Konzert, Volksspiele, Kinderspiele u. s. w. Montag, den 1. Mai, am Tage der Maifeier, Vor-

mittags 10 Uhr, Versammlung in St. Domingo. Eintrittskarten zu 10 Pf. sind bei allen bekannten Genossen zu haben.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 92 des Czas
vom 22. April 1898:

An seinen Bericht über den Prozeß Wendland

knüpft der Czas folgenden Kommentar:

„Die über Dr. Wendland verhängte Geldstrafe ändert an dem moralischen Ergebniß des Prozesses nichts. Der Verurtheilte hat einen moralischen Sieg davongetragen, und zugleich ist nochmals die Nichtwürdigkeit der tüdischen Machinationen zu Tage getreten, welche sich die H.-R.-Listen zu schulden kommen lassen. Die Episode ist an sich überaus charakteristisch; sie hat nämlich erwiesen, daß der H.-R.-Verein nicht allein ein politischer Verein, nicht allein eine Gruppe von offen in der öffentlichen Arena auftretenden Germanisatoren, sondern direkt eine gewissermaßen private Polizeiagentur ist, die in dem Hause Viktoriastr. 25 (Kennemannhaus) in Posen „schwarze Listen“ führt, die Verhältnisse jedes Dorfes und Städtchens prüft und, wenn sie einen Polen gewahr wird, der im lokalen Zirkel eine hervorragendere Stellung einnimmt, sich auf ihn wirft, wie auf eine Beute, ihn mit Intriguen umgiebt, und ihn des Brots, der Stellung und der Bedeutung zu berauben sucht. Und sie erreicht dies Ziel mit Unterstützung amtlicher Organe, die da vergessen, daß der Kardinalartikel der Verfassung von der Gleichberechtigung aller preussischer Unterthanen besteht. Es sind das fürwahr „die Geheimnisse Posens“, die nicht in der Phantasie von Romanschreibern entstanden, sondern realer Natur sind und sich im alltäglichen Leben des Großherzogthums bemerkbar machen.“

Man kann ohne Uebertreibung und Phrase feststellen, daß das eine dämonische Thätigkeit ist; denn anders kann man den leidenschaftlichen und zugleich berechneten, heimtückischen, organisirten, mit Ueberlegung und kühlem Ingrimme jahrelang arbeitenden Haß nicht nennen. Zum Glück fehlt es im polnischen Lager noch nicht an hervorragenden Rittern des Geistes.

Aus Nr. 89 des Oredownik
vom 19. April 1899:

Die galizischen Verhältnisse.

Ein Artikel des Czas über die Ursachen der gegenwärtigen wirthschaftlichen und moralischen Katastrophe in Galizien hat der Aufmerksamkeit der übrigen galizischen Blätter nicht entgehen können, um so weniger, als der Czas in dieser Materie noch einen Artikel brachte und in ihm aus Anlaß der Lemberger Krache die Volkspartei und die demokratische Intelligenz Galiziens in sehr unglücklicher Weise angriff. Das Blatt hatte die verunglückten finanziellen Unternehmungen Szczebanowskis im Sinne, die hauptsächlich die Katastrophe in der Galizischen Sparkasse verursacht haben, — was übrigens Niemand bestreitet — und warf der galizischen demokratischen Intelligenz vor, daß sie durch ihre Politik den Krach in den

galizischen Banken herbeigeführt habe. Das ist zum mindesten eine Uebertreibung, schon darum, weil die demokratische Intelligenz in Galizien eben schwach ist, wie bei uns im preussischen Landestheil, wenn man letzteren überhaupt mit Galizien vergleichen darf; sie konnte mithin keinen großen Einfluß auf die Banken ausüben.

Dem *Ezas* erwidert die *Krakauer Nowa Reforma* kurz und bündig. Sie schreibt: „Der *Ezas* hat in unserm Organismus eine Krankheit entdeckt, von der bei uns sechs Millionen in das dürftige Bauerngewand gekleidete Seelen mit Schrecken erfahren. Der *Ezas* hat diese Krankheit „galizischer Luxus“ genannt. Sie sei die Ursache und die Quelle unserer wirtschaftlichen Krise. Wir richteten unsre Häuser mit geschmacklosem, kostspieligem *Chic* ein, verspielten unser Geld im Sommer am Totalisator und im Sommer und Winter am Karten- und Roulettetisch, — und wunderten uns dann, wenn wir kein Geld hätten! Die drei Viertel Jahre lang am Hungertuche nagenden Bauern, deren es immerhin einige Millionen im Lande giebt; die gegen die Pforten des Lemberger Rathhauses anstürmenden, Arbeit fordernden Arbeiter; die städtische Bürgerschaft, die ein schwindstüchtiges Dasein hinschleppt: alle jene Bürger, die so oft der Nahrung und des warmen Obdachs entbehren, werden nun wenigstens in Zukunft wissen, daß sie . . . sparen und bescheiden leben und sich nicht unter die Herren drängen sollen. . . .“

Nach der Reforma hat der *Ezas* nichts Neues gesagt; da nach ihrer Ansicht der „galizische Luxus“ der höheren Klassen eine bekannte Thatsache ist und der Wohlstand Galiziens hauptsächlich darunter leidet, daß jene sechs Millionen Städter und Bauernvolk unter den gegenwärtigen Zuständen zu keinem höheren Wohlstande gelangen können.

In seinem zweiten Artikel hat der *Ezas* eine wichtige Sache hervorgehoben, indem er die Strafe in den beiden Lemberger Finanzinstituten, nämlich in der galizischen Sparkasse und in der Kreditbank mit der Lemberger Ausstellung in Verbindung brachte. Das Blatt schrieb, das Defizit der Ausstellung sei ein sehr bedeutendes gewesen; man habe es distret vor dem Lande verheimlicht, und dieser Umstand sei nicht ohne Zusammenhang mit dem Beginn der empfindlichen mißglückten finanziellen Unternehmungen, die sich neuerdings in so trauriger Form bemerkbar gemacht hätten.

Die Reforma giebt zu, daß hieran etwas richtig sein könne, und sie äußert ihre Verwunderung darüber, daß der *Ezas* diese Angelegenheit nicht früher angeschnitten habe, um sie aufzuklären, vielleicht würde dann der Staatsanwalt einen Blick hineingeihan haben. Erst heute spricht der *Ezas* davon, nachdem der Landtag die Verhältnisse der galizischen Sparkasse bereits geregelt hat und die Kreditbank zur Liquidation schreitet. Wenn in der That das Defizit der Lemberger Ausstellung die Verluste in der Kreditbank verursacht hat, so kann man dafür nicht der Lemberger Demokratie die Schuld beimessen, denn nicht diese, sondern die Aristokratie Ostgaliziens hat die Ausstellung veranstaltet. Diese Angelegenheit, die der *Ezas* post festum angeschnitten hat, wird wahrscheinlich in Galizien nie aufgeklärt werden, und das ist schade; denn sie würde uns lehren, welche spezielle Fertigkeit wir haben, uns bei bestimmten Rol-

lektivunternehmungen zu ruiniren, die wir selbst als einen Ruhm des polnischen Namens ansehen.

Nicht nur Galizien, sondern die gesammte polnische Nation war von der Lemberger Ausstellung entzückt. Die galizischen Züge führten von allen Seiten her Schaaren von Ausflüglern nach Lemberg, welche die polnische Industrie und den polnischen Handel bewunderten. Was ist bei uns im Großherzogthum nicht über das Thema „Ausstellung“ zusammengeschrieben worden. „Diese trügerischen Bilder“ — so schreibt der *Ezas* — „haben uns verwirrt gemacht. Im Pavillon der französischen Restauration wurde mit dem Gelde umhergeworfen, und jener galizische *Chif* zeitigte so idiotische Erscheinungen, daß man absichtlich Droschken aus Wien nach Lemberg beförderte, um in ihnen auf dem Lemberger Pflaster einherzufutschiren. Hunderte von Reden wurden gehalten, die mit Chauvinismus gewürzt waren. Ihr Echo hallte in Berlin und Petersburg wieder und sie haben die Landestheile jenseits des Grenzfords politisch geschädigt.“

Was im preussischen Landtag aus Anlaß der von Herrn von Roscielski auf der Lemberger Ausstellung gehaltenen Rede gesagt worden ist, weiß Jedermann. Der *Ezas* fragt sehr mit Recht: Wie kam es, daß die Lemberger Ausstellung uns Schaden gebracht hat, während diejenigen in Prag und Pest förderlich waren? Die Pester Ausstellung wurde für die Ungarn eine politische Reklame; für die Tschechen war ihre Prager Ausstellung eine machtvolle Schaustellung ihres großen wirtschaftlichen Aufschwungs, der eine so imponirende Ausdehnung angenommen hat. Bei uns dagegen führte die Lemberger, mit ihrem Defizit, den Krach in der Kreditbank herbei, an deren Spitze Herr von Marchwicki gestanden hat, welcher auch die ganze Ausstellung leitete und der jetzt, nachdem er gezwungen worden ist, von dem Direktorposten zurückzutreten, ohne einen Pfennig Geld dasiebt!

„Wir haben uns“ — so schreibt der *Ezas* — „in der wirtschaftlichen Entwicklung verspätet und vernachlässigt, und wir haben uns in dieser unserer schwierigen Lage vor jenen trügerischen Erscheinungen des Lebens und vor jenem Zurschaufstellen der nationalen Eitelkeit zu hüten, vermöge dessen wir uns der Welt in Erinnerung bringen wollen!“ Der *Ezas* sagt, er schreibe dies nicht, um Vergeltung zu üben, sondern um für die Zukunft eine Warnung zu ertheilen. Was diese „Warnungen für die Zukunft“ besagen, wissen wir; denn stets vergessen wir sie redlich. Eine Volksversammlung, die zu weiter nichts kommt, als zu schönen „Warnungen für die Zukunft“, muß zu Grunde gehen. Unsere Volksversammlung muß jeden ihrer Schritte von vorn herein bis ins Einzelne überlegen, um sich verständig und klug einzurichten und um nicht durch die eigenen Fehler unterzugehen.

Ziehen wir uns im preussischen Theil die Lektion, die Galizien erhalten hat, zu Nutzen! Eine aktuelle Gelegenheit hierzu liegt bei der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften vor, die ihr Anlagekapital um eine halbe Million Mark erhöhen will. Mögen unsere Kapitalisten diese Summe aufbringen! Unsere Genossenschaften aber wollen wir davon abhalten, sonst gerathen wir in ein derartiges Durcheinander, wie es gegenwärtig in Galizien vorliegt.